

Jenaer Parlamentarierbefragung 2010

ausgewählte Ergebnisse



Heinrich Best | Michael Edinger | Daniel Gerstenhauer | Lars Vogel

Inhaltsverzeichnis

SFB 580

Gesellschaftliche
Entwicklungen
nach dem Systemumbruch

Diskontinuität
Tradition
Strukturbildung

Friedrich-Schiller-Universität Jena

Sonderforschungsbereich 580

Teilprojekt A3:

Delegationseliten nach dem Systemumbruch

Bachstraße 18k

D-07743 Jena

Forschungsdesign	3
Ziele und Themen der Befragung	4
Ausschöpfungsquoten	5
Politik als Beruf	6
Rekrutierung	7
Soziale Herkunft	8
Interessenverbände	9
Rollenverständnis	10
Einstellungen zur Fraktion	12
Mandat und Wahlkreis	14
Parlamentsreformen	15
Bewertung politischer Verfahren	16
Demokratiezufriedenheit	18
Vertrauen in Politiker und Parteien	19
Eliten	20
Politische Streitfragen	22
20 Jahre Deutsche Einheit	24
Europa	26
Nach dem Mandat	27

Einzelauswertungen

Auswertungen der Befragungsergebnisse für alle 16 deutschen Landesparlamente und den Deutschen Bundestag finden Sie online unter: www.sfb580.uni-jena.de/jenparl

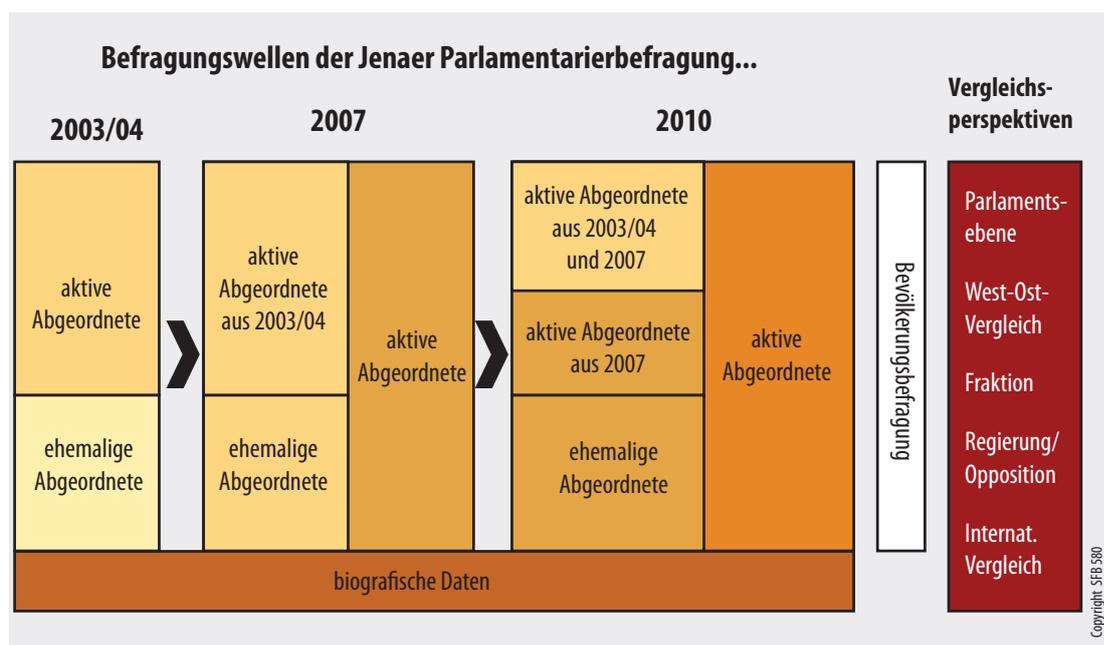
Forschungsdesign

Die JENAER PARLAMENTARIERBEFRAGUNG 2003-2010 als Teil der Erforschung politischer Führungsgruppen

Das Kernanliegen unseres Forschungsprojekts zu parlamentarischen Führungsgruppen ist die Analyse von Rekrutierungsmustern, Karrierepfaden und politischen Orientierungen der Abgeordneten in Ost- und Westdeutschland seit der deutschen Vereinigung. Das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderte Projekt möchte mit seinen Untersuchungen zu einem besseren Verständnis der Entwicklung der parlamentarischen Demokratie und ihrer Akteure beitragen.

Die JENAER PARLAMENTARIERBEFRAGUNG 2003-2010 stellt dabei einen zentralen Bestandteil des Untersuchungsdesigns dar, da sie aus erster Hand – nämlich von den Abgeordneten selbst – Informationen über deren Wahrnehmungen, Einstellungen und Bewertungen bietet. Ergänzend dazu werden die beruflichen und politischen Werdegänge aller deutschen Parlamentarier seit 1990 erhoben und analysiert. Als Quellen dienen hierfür Parlamentshandbücher, die Webseiten der Abgeordneten, einschlägige biografische Lexika sowie Angaben von Parlamenten, Parteien und Fraktionen sowie Wahlleitern. Zusätzlich wurden in jeder Befragungswelle der JENAER PARLAMENTARIERBEFRAGUNG 2003-2010 Interviews mit ehemaligen Abgeordneten geführt, die zum jeweiligen Befragungszeitpunkt aus dem Parlament ausgeschieden waren.

Im Zentrum des Erkenntnisinteresses stehen u.a. der innerdeutsche Ost-West-Vergleich, der Vergleich der parlamentarischen Ebenen sowie der Fraktionen. Die Kontrastierung der JENAER PARLAMENTARIERBEFRAGUNG 2010 mit den Befunden aus 2003 und 2007 erlaubt die Beobachtung von Veränderungen, die sich durch wechselnde Parlamentszusammensetzungen ergeben. Zusätzlich lassen sich auch individuelle Veränderungen bei denjenigen Abgeordneten untersuchen, die über mehrere Legislaturperioden hinweg ein Mandat ausüben. Weiterhin wurde 2010 eine repräsentative Bevölkerungsbefragung durchgeführt, die einen direkten Abgleich von Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger mit den Meinungen der Parlamentarier erlaubt. Nicht zuletzt sichert der enge Austausch mit internationalen wissenschaftlichen Partnern die Vergleichbarkeit der Untersuchungsergebnisse mit Befunden aus anderen Ländern. Dies ermöglicht eine Einordnung der Erkenntnisse über Deutschland in einen gesamteuropäischen Rahmen.



Ziele und Themen der Befragung

Mit der JENAER PARLAMENTARIERBEFRAGUNG 2010 ist das Ziel verbunden, ein Bild der parlamentarischen Demokratie und ihrer Akteure zu zeichnen, das wissenschaftlich fundiert ist und die (Selbst-)Wahrnehmung der Abgeordneten vermittelt.

Die vorliegende Auswertung setzt einen Schwerpunkt auf das Rollenverständnis der Abgeordneten und ihre politischen Orientierungen. Dabei finden auch umfassende politische Themenfelder, wie z.B. die Europäische Union, die Deutsche Einheit oder die Frage nach politischen Eliten Berücksichtigung. Zudem werden Befunde über das Verhältnis der Abgeordneten zu ihrer eigenen und zu anderen Fraktionen sowie über ihre Ansichten zu parlamentarischen Institutionen und Verfahren berichtet. Nicht zuletzt sind auch sozialstrukturelle Merkmale der Abgeordneten sowie ihre Einschätzung der beruflichen und politischen Einflussfaktoren für ihre parlamentarischen Werdegänge von Interesse.

Konkret wurden folgende Themen schwerpunktmäßig untersucht:

Politischer Werdegang und Weg ins Mandat	Rollenverständnis als Abgeordneter und Ausübung des Mandats	Politische Einstellungen und Bewertung politischer Institutionen
<ul style="list-style-type: none"> • Politik als Beruf • politische Erfahrungen und Parteiaktivitäten vor dem Mandat • Barrieren und Quellen der Unterstützung auf dem Weg ins Mandat • soziale Herkunft (Bildung, Beruf der Eltern) • Bedeutung beruflicher Erfahrungen/Qualifikationen für den politischen Werdegang • politische Zukunftspläne 	<ul style="list-style-type: none"> • Repräsentationsverständnis und -verhalten • politische Rollenwahrnehmungen • Verhältnis zur eigenen und zu anderen Fraktionen 	<ul style="list-style-type: none"> • politische Grundeinstellungen • Einstellungen zur Politikgestaltung und zum demokratischen Prozess • Bewertung der Institution Parlament und etwaiger Parlamentsreformen • Positionen zu einzelnen politischen Themen/Streitfragen

Wenn im Folgenden stets die männliche Form benutzt wird, geschieht dies allein aus sprachlichen Gründen. Bei *Trend*untersuchungen, die die Befunde von 2010 mit denen früherer Befragungen vergleichen, werden nur die Parlamente einbezogen, die in beiden bzw. allen drei Befragungswellen untersucht wurden. Bei *Panel*untersuchungen hingegen werden die Abgeordneten untersucht, die an allen drei Befragungswellen teilgenommen hatten.

Ausschöpfungsquoten

In der dritten Befragungswelle 2010 konnten 1.296 Interviews mit aktuellen Abgeordneten vollständig realisiert werden. Damit wurden im Vergleich zu 2007 noch einmal mehr als 70 zusätzliche Interviews geführt, wodurch es sich bei der JENAER PARLAMENTARIERBEFRAGUNG 2003-2010 mit insgesamt 3.472 geführten Interviews um die bisher größte Parlamentarierbefragung in Deutschland handelt.

Nach 2003 und 2007 wurden auch im Frühjahr 2010 computergestützte Telefoninterviews durchgeführt. Befragt wurden aktuelle Abgeordnete aus dem Deutschen Bundestag, aus allen 16 Landesparlamenten sowie die deutschen Abgeordneten im Europäischen Parlament. Zusätzlich steht mit den Abgeordneten, die an mehreren Befragungswellen teilnahmen, eine umfangreiche Basis für die Untersuchung der Entwicklung zur Verfügung, die Abgeordnete in ihrer langjährigen Tätigkeit als Parlamentarier durchlaufen. An zwei Befragungen nahmen 799 Parlamentarier teil. Interviews zu allen drei Befragungszeitpunkten gaben 235 Abgeordnete.

Teilnahme an der JENAER PARLAMENTARIERBEFRAGUNG				
	2010		2007	2003
	realisierte Interviews	Ausschöpfung (%)	Ausschöpfung (%)	Ausschöpfung (%)
Landesparlamente insgesamt	1101	59,2	69,3	76,4
Ostdeutsche Landesparlamente	333	70,0	74,8	79,7
Thüringen	75	85,2	90,9	88,6
Sachsen-Anhalt	73	75,3	85,6	82,6
Sachsen	89	67,4	68,5	74,2
Brandenburg	56	63,6	60,2	80,7
Mecklenburg-Vorp.	40	56,3	69,0	71,8
Westdeutsche Landesparlamente	677	54,8	65,8	70,1
Niedersachsen	96	63,2	69,4	-
Saarland	32	62,7	76,5	80,4
Schleswig-Holstein	58	61,1	73,9	79,8
Hessen	72	61,0	70,0	70,0
Bremen	50	61,0	-	-
Rheinland-Pfalz	61	60,4	78,2	-
Bayern	97	51,9	-	-
Hamburg	60	49,6	-	-
Baden-Württemberg	67	48,2	56,1	59,4
Nordrhein-Westfalen	84	44,9	54,5	-
Berlin	91	61,1	71,8	82,3
Deutscher Bundestag	168	27,0	28,1	25,9
Europäisches Parlament (deutsche Abgeordnete)	27	27,8	41,4	33,3
Abgeordnete insgesamt	1296	50,3	56,4	56,0

2003 ohne Bayern, Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen; Rheinland-Pfalz nur als Teilstudie; 2007 ohne Bayern, Bremen, Hamburg

Politik als Beruf

Die Ausübung des parlamentarischen Mandats ist in aller Regel mit einem großen Zeitaufwand verbunden. Nach ihren eigenen Angaben wenden Abgeordnete in den Sitzungswochen 54 und in der sitzungsfreien Zeit immerhin noch knapp 45 Wochenstunden für ihre Arbeit auf. Diese Zahlen bestätigen die Befunde von 2003 und 2007. Sie korrespondieren auch mit der Einschätzung der Abgeordnetentätigkeit als eines „richtigen“ Berufs, die vier von fünf Parlamentariern teilen. Insgesamt geben fast zwei Drittel der Befragten an, als Mandatsträger mehr als in ihrem vorherigen Beruf zu arbeiten. Dabei konzentrieren sich die Aktivitäten besonders auf die Sitzungswochen. In Bezug auf ihre Arbeitszeit unterscheiden sich die Mitglieder der Regierungsfractionen nicht von denen der Opposition.

Unterschiede bestehen aber bei der Einschätzung, ob nur Vollzeitpolitiker professionelle Politik garantieren können. Diese Position wird vornehmlich von den Abgeordneten unterstützt, die selbst parallel zum Mandat keine weiteren beruflichen Verpflichtungen haben. Umgekehrt widerspricht ein Großteil der parallel zur Abgeordnetentätigkeit berufstätigen Parlamentarier dieser Aussage (siehe Grafik). Zugleich zeigt sich, dass die Berufstätigkeit neben dem Mandat besonders in Parlamenten verbreitet ist, die sich traditionell als Teilzeitparlamente verstehen. So sind Hamburg, Baden-Württemberg und Berlin Spitzenreiter beim Anteil der Abgeordneten mit Nebentätigkeit.

Betrachtet man diejenigen Parlamentarier, die in allen drei Wellen befragt wurden, so stellt man fest, dass es im Laufe der Mandatsausübung zu einer veränderten Aufteilung der Arbeitszeit kommt. Während die Arbeitszeit, die Abgeordnete für die Mandats-tätigkeit in den sitzungsfreien Wochen aufwenden,

im Schnitt über die Jahre abnimmt (dabei aber immer noch bei knapp über 45 Wochenstunden liegt), sinkt die Arbeitszeit in den Sitzungswochen im Laufe der drei Wellen etwas weniger stark.

Der Charakter der Parlamente als Arbeitsparlamente zeigt sich auch in den Angaben der Abgeordneten zur Relevanz verschiedener Tätigkeitsbereiche. Hier rangiert die Ausschussarbeit ganz vorn: Neun von zehn Parlamentariern bezeichnen ihre Tätigkeit in den Ausschüssen als wichtig oder sehr wichtig. Mit 86 Prozent fast genauso hoch ist der Anteil derer, die die Arbeit in den Fraktionen als wichtig oder sehr wichtig erachten. Den Tätigkeiten im Parlamentsplenum hingegen schreiben nur sieben von zehn Abgeordneten diese Bedeutung zu.

Berufspolitiker nach Nebenerwerb (2010; in Prozent)



- Nebenerwerb
- kein Nebenerwerb
- Ablehnung: Nur Vollzeitpolitiker garantieren professionelle Politik
- Zustimmung: Nur Vollzeitpolitiker garantieren professionelle Politik

Copyright: SFB 580

Fragetexte:

Üben Sie neben Ihrem Mandat noch eine Erwerbstätigkeit aus?

Im Folgenden einige Aussagen zur Politik als Beruf. Was meinen Sie: Treffen diese Aussagen voll und ganz zu, eher zu oder treffen sie eher nicht oder gar nicht zu? [Die Kategorien „trifft eher zu“ und „trifft voll und ganz zu“ sowie „trifft eher nicht zu“ und „trifft gar nicht zu“ wurden zusammengefasst.]

Nur der Berufspolitiker als Vollzeitpolitiker kann dafür garantieren, dass Politik auch professionell betrieben wird.

Rekrutierung

Die Wege, auf denen Menschen in die Politik und schließlich zu einem Abgeordnetenmandat finden, sind verschieden. Trotz gemeinsamer Umstände, unter denen die Rekrutierung von Abgeordneten abläuft, gibt es besonders zwischen den Fraktionen Unterschiede. So gaben rund 40 Prozent der Abgeordneten von CDU/CSU, SPD und FDP an, durch politische Vorbilder in die Politik gefunden zu haben. Bei der LINKEN waren es nur 18, bei Bündnis 90/Die Grünen sogar nur 11 Prozent. Der Anteil derer, die Schlüsselerlebnisse wie die Ostpolitik der Regierung Brand oder die Deutsche Wiedervereinigung als Auslöser ihres politischen Engagements angeben, bewegt sich zwischen gut einem Drittel bei der FDP, über rund die Hälfte bei der Union, der SPD und der LINKEN, bis hin zu zwei Dritteln der Abgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen. Ähnlich sind sich die Abgeordneten hingegen darin, dass sie meist als Jugendliche oder junge Erwachsene zur Politik fanden.

Bei den Gründen, die in den Augen der Abgeordneten zu ihrer ersten Nominierung führten, fällt auf, dass die Anerkennung der Person parteiübergreifend als häufigster Grund genannt wird (siehe Grafik). Die Anliegen bestimmter Gruppen zu vertreten, ist vorrangig bei den Kandidaten der LINKEN ein Nominierungsgrund. Dagegen sind die Verdienste für die eigene Partei weniger zentral, was allerdings ebenfalls auf die Abgeordneten aller anderen Fraktionen zutrifft. Besonders Abgeordnete der LINKEN in Ostdeutschland geben Verdienste für die eigene Partei vergleichsweise selten als Nominierungsgrund an – dies auch unabhängig vom Alter der Befragten.

Nominierungsgründe für die erste Kandidatur nach Fraktion (2010; in Prozent)					
	CDU/CSU	SPD	FDP	B90/Grüne	LINKE
Anliegen bestimmter Gruppen	59	61	53	72	85
Anerkennung der Person	95	92	94	96	85
Verdienste für Partei	35	39	47	42	38
Spezielle Kenntnisse	62	54	72	67	72

Fragetext: Im Folgenden einige Aussagen zu Ihrer ersten Nominierung. Bitte sagen Sie mir doch, ob die jeweilige Aussage voll und ganz zutrifft, eher zutrifft oder ob sie eher nicht zutrifft bzw. gar nicht zutrifft:
 Ich bin nominiert worden, weil ich die Anliegen bestimmter gesellschaftlicher Gruppen verkörpere.
 Ich bin nominiert worden wegen der Anerkennung meiner Person.
 Ich bin nominiert worden auf Grund meiner Verdienste für die Partei bzw. ihr verbundener Organisationen.
 Ich bin nominiert worden wegen meiner speziellen Kenntnisse und meines Expertenwissens.
 [Nur Zustimmung berichtet, die Kategorien „trifft eher zu“ und „trifft voll und ganz zu“ wurden zusammengefasst.]

Unabhängig von Fraktionsunterschieden gibt es auch Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Parlamentariern. Diese zeigen sich besonders in der Phase der Aufnahme politischer Aktivitäten. Während in Ostdeutschland meist das Jahr 1990 genannt wird, lässt sich die Politisierung der westdeutschen Abgeordneten kaum auf ein dominantes Schlüsselereignis zurückführen. Auch das Jahr 1968 stellt nicht überproportional häufig den Ausgangspunkt politischen Engagements heutiger Parlamentarier dar. Fragt man nach dem Ort des ersten politischen Engagements, so sind die Angaben der Befragten in beiden Landesteilen sehr ähnlich. Jeweils mehr als die Hälfte der Abgeordneten betätigte sich zunächst in (partei-)politischen Jugendorganisationen. Die Abgeordneten aus Ostdeutschland unterscheiden sich dabei nur insofern von ihren Kollegen aus dem Westteil des Landes, als bei ihnen die FDJ als politisches Betätigungsfeld hinzukam – knapp jeder zehnte ostdeutsche Abgeordnete gab an, hier seine ersten Erfahrungen mit politischen Aktivitäten gemacht zu haben.

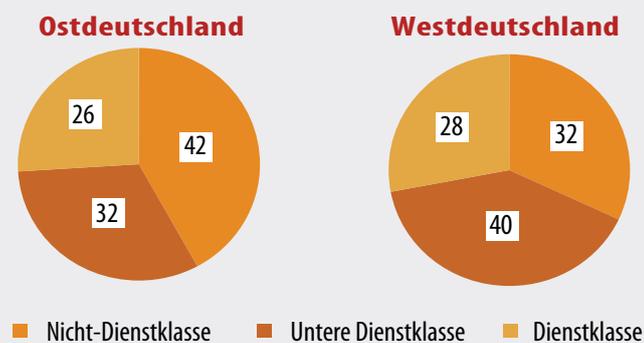
Soziale Herkunft

Die soziale Herkunft der Parlamentarier gibt Auskunft über soziale Aufstiegsprozesse, die mit der Übernahme eines Mandats einhergehen können. Blickt man auf die Berufe der Eltern der Abgeordneten, so lassen sich derartige Aufstiegsprozesse ausmachen, die allerdings zwischen ost- und westdeutschen Parlamentariern variieren. Bei den Vätern ostdeutscher Abgeordneter sind die Arbeiter und Angestellten mit ca. 75 Prozent prominent vertreten. Dagegen sind in Westdeutschland nur knapp die Hälfte der Väter Beamte oder Selbstständige. Für die Mütter gelten ähnliche Relationen zwischen Ost- und Westdeutschland, wobei der Anteil der Arbeiterinnen und Angestellten unter ihnen in Ostdeutschland sogar bei 85 Prozent liegt.

Um genauer zu prüfen, ob mit der Übernahme eines parlamentarischen Mandats ein sozialer Aufstieg verbunden ist, kann das Konzept der Dienstklassen von John Goldthorpe genutzt werden. Es fasst Personen mit einem ähnlich hohem Status in Dienstklassen zusammen, wobei der Beruf des Vaters zentral für diese Einordnung ist. Die unterste Schicht – die „Nicht-Dienstklasse“ – umfasst Arbeiter, einfache Angestellte und Beamte sowie kleine Selbstständige. Der „unteren Dienstklasse“ gehören Angestellte mit eigenverantwortlicher Tätigkeit, Beamte im mittleren und gehobenen Dienst sowie Selbstständige mit kleinen mittelständischen Unternehmen an. Die höchste Schicht in diesem Modell ist die „Dienstklasse“. Ihr werden Inhaber sämtlicher leitender Positionen, leitende Angestellte und höhere Beamte, Freiberufler

sowie Selbstständige mit größeren Unternehmen zugeordnet. In dieser Perspektive stellt das parlamentarische Mandat vor allem für die Abgeordneten einen sozialen Aufstieg dar, die der Nicht-Dienstklasse entstammen.

Soziale Herkunft der Landesparlamentarier nach Dienstklassen (2010; in Prozent)



sowie Selbstständige mit größeren Unternehmen zugeordnet. In dieser Perspektive stellt das parlamentarische Mandat vor allem für die Abgeordneten einen sozialen Aufstieg dar, die der Nicht-Dienstklasse entstammen.

Der Blick auf die Verteilung zeigt zum Teil deutliche Unterschiede zwischen den Parlamentariern aus ost- und westdeutschen Landesparlamenten. In den westdeutschen Landesparlamenten dominiert die untere Dienstklasse. Personen, deren Väter zur Dienstklasse gehören, stellen hier die Minderheit dar. Dies trifft auch auf die ostdeutschen Landtage zu. Nur jeder vierte ostdeutsche Landtagsabgeordnete entstammt einem Elternhaus, in dem der Vater der Dienstklasse angehörte. Die soziale Klasse, aus der die Mehrheit der ostdeutschen Landtagsabgeordneten stammt, ist hingegen mit 42 Prozent die Nicht-Dienstklasse. Vor allem für die ostdeutschen Abgeordneten stellt ein Parlamentsmandat auf Landesebene einen Aufstieg im Vergleich zu ihrer sozialen Herkunft dar. Deutliche Unterschiede bestehen zwischen Landesparlamenten und dem Bundestag: Dessen Abgeordnete entstammen zu 37 Prozent der Dienstklasse und nur zu gut einem Viertel der Nicht-Dienstklasse.

Auch zwischen den Parteien existieren Unterschiede in der sozialen Herkunft der Abgeordneten. So entstammen die Abgeordneten von SPD und LINKEN mehrheitlich der Nicht-Dienstklasse. Bei den anderen Parteien dominiert die untere Dienstklasse. Bei der CDU/CSU ist der Anteil der Nicht-Dienstklasse mit gut einem Viertel auffallend gering. Bei der FDP liegt er noch darunter: Nur jeder fünfte Parlamentarier entstammt der Nicht-Dienstklasse. Auch innerhalb der Parteien unterscheidet sich die soziale Herkunft deutlich zwischen ost- und westdeutschen Parteikollegen, wobei erneut gilt, dass die Aufnahme eines Mandats für die ostdeutschen Abgeordneten größtenteils einen Aufstieg im Vergleich zu ihrer sozialen Herkunft bedeutet.

Interessenverbände

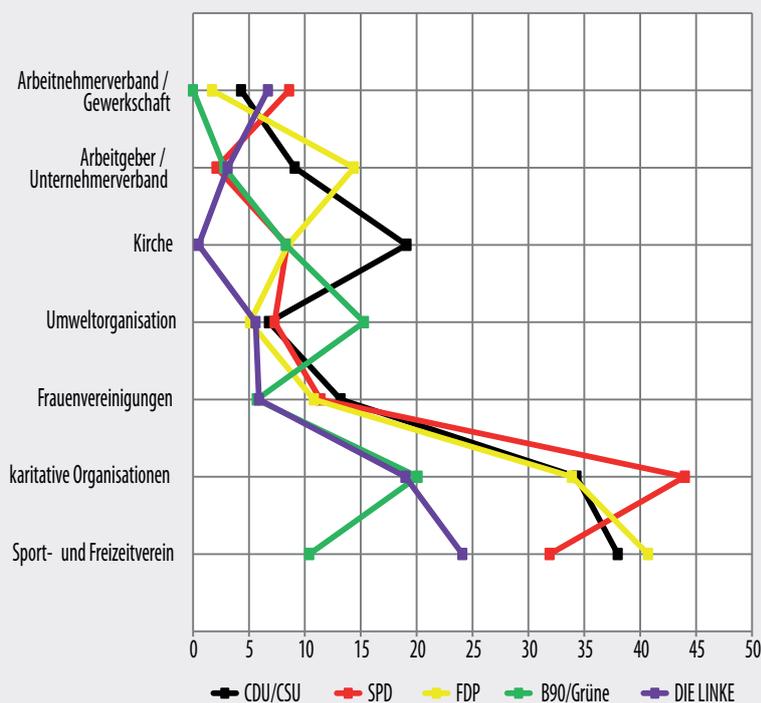
Ähnlich den Parteien sind Interessenverbände Organisationen, die ihre Vorstellungen und Ideen in den Prozess der Gesetzgebung einbringen können. Für die Abgeordneten zahlen sich der Kontakt zu und die Mitgliedschaft in diesen Verbänden häufig aus: Sie ermöglichen ihnen, wichtige Erfahrungen in einem politischen Themenbereich zu sammeln, sich mit anderen Akteuren des politischen Betriebs zu vernetzen und nicht zuletzt das eigene Profil als politischer Fachmann zu schärfen. Mehr als die Hälfte aller Abgeordneten ist in einer Interessenorganisation aktiv. Mit zunehmender Anzahl an Mandaten - also im Zuge wachsender parlamentarischer Erfahrung - nimmt auch die Anzahl der Verbände zu, in denen sich die Abgeordneten engagieren.

Fragt man danach, welchen Verband die Parlamentarier als wichtigsten Ansprechpartner ansehen, so lässt sich die politische Relevanz und Bedeutsamkeit erkennen, die Verbänden seitens der Parlamentarier zugemessen wird. Wichtige Ansprechpartner sind die Gewerkschaften (24 Prozent), Wohlfahrtsverbände und Berufsverbände (beide neun Prozent). Aber auch Verbände der Gebietskörperschaften, also z.B. der Städte- und Gemeindebund, sowie Unternehmerverbände und Umweltschutzorganisationen (alle rund fünf Prozent) werden als maßgebliche Gesprächspartner bezeichnet. Bei der SPD und der

LINKEN sind Kontakte zu den Gewerkschaften sehr häufig, bei CDU/CSU und FDP hingegen zu Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbänden. Bei den Unionsparteien kommen noch kirchliche Organisationen hinzu. Im Zeitverlauf ändern sich diese Muster nur wenig.

Fragt man danach, in welchen Verbänden die Parlamentarier aktuell nicht nur Mitglied sind, sondern auch eine Funktion ausüben, zeigt sich, dass Abgeordnete der SPD und der LINKEN vergleichsweise häufig in Arbeitnehmerorganisationen eine führende Stellung einnehmen. Abgeordnete der FDP hingegen sind besonders im Arbeitgeberlager aktiv; bei

Aktuelle Verbandsfunktionen der Parlamentarier nach Fraktion (2010; in Prozent)



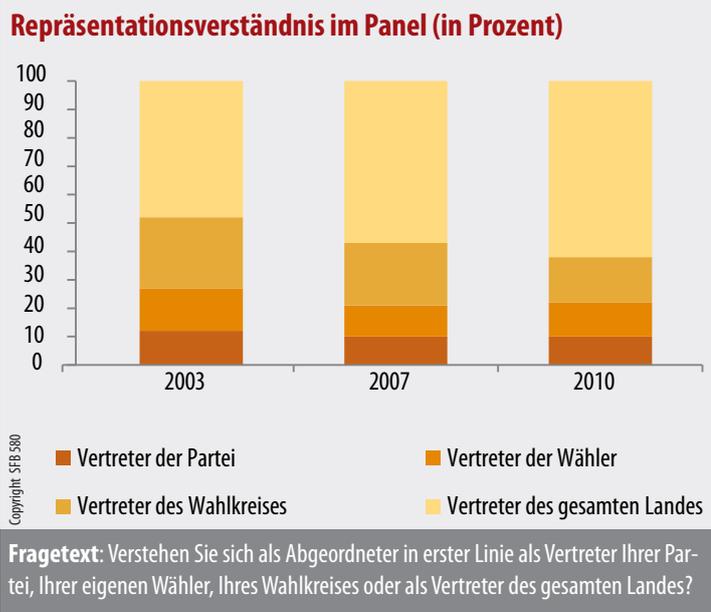
Fragetext: In welchen der folgenden Organisationen und Vereine üben Sie eine Funktion aus, zum Beispiel als Vorsitzender oder Vorstandsmitglied? [Antwortmöglichkeiten siehe Grafik]

der CDU/CSU finden sich die meisten Funktionsträger aus kirchlichen Organisationen. Bei Bündnis 90/Die Grünen zeigt sich erwartungsgemäß eine Dominanz der Umweltverbände (siehe Grafik). Betrachtet man die soziale Einbindung der Parteien insgesamt, fällt vor allem die prominente Stellung von karitativen oder Freizeit-Organisationen auf: Abgeordnete nahezu aller Fraktionen legen besonderes Augenmerk auf die Vernetzung mit dem vorpolitischen Raum.

Rollenverständnis

Repräsentationsverständnis

Für das Repräsentationsverständnis insgesamt gilt, wie bereits 2007, dass sich mehr als die Hälfte der Parlamentarier in erster Linie als Vertreter des gesamten Landes versteht, wobei bei Landesparlamentariern damit das jeweilige Bundesland gemeint ist. Gut ein Drittel sieht sich als Vertreter ihrer Wähler oder ihres Wahlkreises und nur sieben Prozent sehen sich primär als Vertreter ihrer Partei. Dabei ist es kaum verwunderlich, dass sich vor allem Abgeordnete, die ein Direktmandat erringen konnten, deutlich häufiger vorrangig ihrem Wahlkreis verpflichtet fühlen als ihre Kollegen, die über die Parteiliste ins Parlament eingezogen sind. Demgegenüber sehen sich Letztere häufiger als Vertreter ihrer Partei. Betrachtet man nun im Panel die individuelle Entwicklung von Abgeordneten über einen Zeitraum von sieben Jahren, so lässt sich eine Zunahme der Vertreter des gesamten Landes erkennen. Der eigene Wahlkreis tritt dagegen zunehmend in den Hintergrund (siehe Grafik).



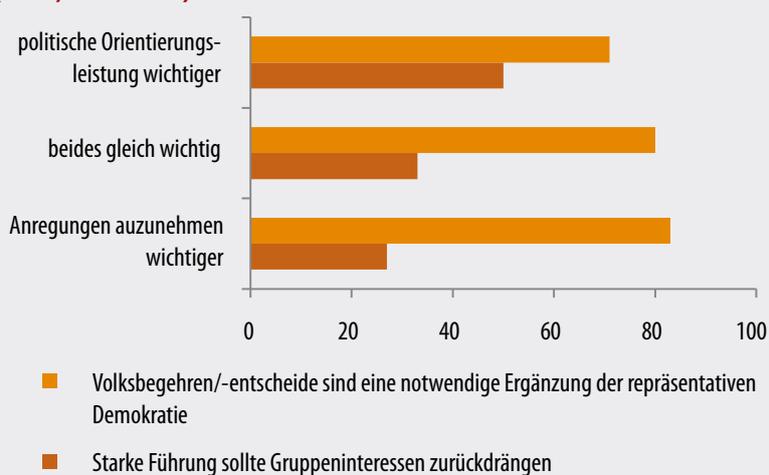
Interessanterweise unterscheidet sich das Repräsentationsverständnis zwischen Abgeordneten aus dem Regierungslager und der Opposition. So sehen sich Mitglieder von Regierungsfractionen weniger als Vertreter der eigenen Partei und der eigenen Wähler als die Abgeordneten aus den Oppositionsfractionen. Umgekehrt verstehen sich die Mitglieder der Mehrheitsfractionen häufiger als ihre Kollegen aus den Reihen der Opposition als Vertreter ihres Wahlkreises.

Das Repräsentationsverständnis variiert darüber hinaus mit dem Repräsentationsstil, d.h. der Frage danach, ob Abgeordnete das Ausüben politischer Führung oder das Aufnehmen von Anregungen seitens der Bürger als ihre primäre politische Aufgabe ansehen. So stellen besonders jene Parlamentarier die Vertretung ihrer Wähler oder ihres Wahlkreises in den Vordergrund, die der Berücksichtigung von Meinungen der Bürger Priorität einräumen. Abgeordnete hingegen, die vorrangig politische Führung ausüben, fühlen sich weniger als Vertreter einer bestimmten Gruppe, sondern bezeichnen sich deutlich häufiger als Vertreter des gesamten Landes. Bei der Frage nach dem Stellenwert politischer Führung zeigt sich auch ein Unterschied zwischen den alten und den neuen Bundesländern, der verglichen mit 2007 weitgehend stabil ist. So gab 2010 knapp jeder dritte westdeutsche, aber nur jeder vierte ostdeutsche Abgeordnete an, in seiner parlamentsichen Tätigkeit primär politische Orientierung zu geben.

Repräsentationsstil und Kompromissorientierung

Die Mehrheit aller Abgeordneten teilt die Meinung, dass direktdemokratische Verfahren wie Volksbegehren und Volksentscheide eine sinnvolle Ergänzung der repräsentativen Demokratie sind. Wie die Grafik zeigt, wird diese Meinung besonders

Einstellungen zu politischen Verfahren nach Repräsentationsstil (2010; in Prozent)



Fragetexte: Als Abgeordneter muss man ja verschiedene Aufgaben wahrnehmen: Ist es aus Ihrer Sicht im Allgemeinen wichtiger, den Bürgern politische Orientierung zu bieten? Oder ist es wichtiger, hauptsächlich die Anregungen, die von Bürgern kommen, politisch aufzugreifen? [Beides gleich wichtig konnte spontan genannt werden.]

Jetzt nenne ich Ihnen einige häufig gehörte Thesen zur Demokratie. Bitte sagen Sie mir doch, ob nach Ihrer Meinung die jeweilige Aussage voll und ganz zutrifft, eher zutrifft oder ob sie eher nicht zutrifft bzw. gar nicht zutrifft: [Nur Zustimmung berichtet, die Kategorien „trifft eher zu“ und „trifft voll und ganz zu“ wurden zusammengefasst.]

Demokratie ist auf Dauer nur möglich, wenn eine starke politische Führung die widerstreitenden Gruppeninteressen zurückdrängt.

Volksbegehren und Volksentscheide sind eine notwendige Ergänzung der repräsentativen Demokratie.

Interessenausgleich etwas stärker als ihre Kollegen aus den Oppositionsfraktionen. Nur knapp jedes vierte Mitglied der Regierungsfractionen zieht die Durchsetzung von Interessen dem Interessenausgleich vor; bei den Oppositionsfraktionen trifft dies auf immerhin knapp jeden dritten Abgeordneten zu. Die Betonung konsensualer Elemente bringt aber keine erhöhten informellen Kontakte zu anderen Fraktionen mit sich. Auch ist damit keine verstärkte Ablehnung der Fraktionsolidarität oder eine besonders kritische Einstellung gegenüber dem Einfluss und der Rolle von Parteien verbunden. Jedoch zeigen sich durchaus Unterschiede zwischen den Fraktionen. Während fast zwei Drittel der Abgeordneten von CDU/CSU sowie SPD angeben, den Interessenausgleich zu suchen, gehen die Meinungen bei den anderen drei Parteien stärker auseinander. So plädiert nur jeder zweite Parlamentarier aus den Reihen von FDP bzw. Bündnis 90/Die Grünen für den Ausgleich von Interessen; bei den Abgeordneten der LINKEN sind es sogar lediglich 42 Prozent.

von den Abgeordneten vertreten, die auch das Aufnehmen der Interessen der Bürger für die wichtigste Aufgabe der Parlamentarier halten. Parallel dazu sind diese Abgeordneten nur selten der Überzeugung, dass eine starke Führung die unterschiedlichen Gruppeninteressen zurückdrängen sollte.

Darüber hinaus ist die Zustimmung zu einer konsensualen Entscheidungsfindung weit verbreitet: Der Ausgleich von Interessen liegt fast zwei Dritteln der Parlamentarier am Herzen. Nur knapp jeder Vierte spricht sich hingegen für Interessendurchsetzung aus; 16 Prozent erachten beides als gleichermaßen wichtig. Dabei bejahen die Mitglieder von Regierungsfractionen den

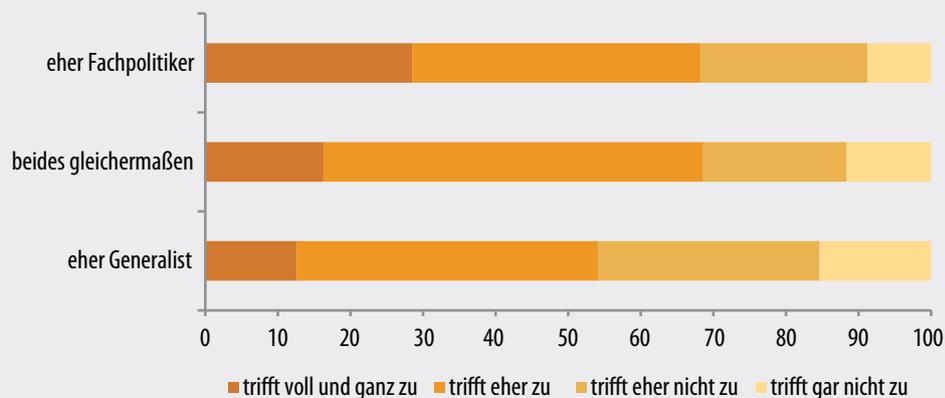
Einstellungen zur Fraktion

Der Abgeordnete in der Fraktion

Der Parlamentarismus in Deutschland wird maßgeblich durch die Fraktionen bestimmt. Sie strukturieren die parlamentarische Arbeit, entwerfen Gesetzesvorlagen und entsenden ihre Mitglieder in das Präsidium und die Ausschüsse. Entsprechend sind die Fraktionen ein zentraler Bezugspunkt für die Abgeordneten. Erwartungsgemäß gilt denn auch 86 Prozent von ihnen die Arbeit in der Fraktion als eine (sehr) wichtige Aufgabe.

Über die Gestaltungsmöglichkeiten des einzelnen Parlamentarier gehen die Meinungen auseinander. Eine knappe Mehrheit von 56 Prozent der Befragten lehnt die Aussage ab, dass man als einzelner Abgeordneter nur wenig bewegen kann. Dieser Anteil hat sich seit der ersten JENAER PARLAMENTARIERBEFRAGUNG 2003 kontinuierlich erhöht. Die gleiche Entwicklung lässt sich bei den Abgeordneten feststellen, die an allen drei Befragungen teilgenommen haben. Fast die Hälfte derjenigen, die 2010 den einzelnen Abgeordneten durchaus Einflussmöglichkeiten attestierten, hatten diese 2003 oder 2007 noch für gering befunden. Für diesen Einstellungswandel lassen sich zwei Gründe anführen: Zum einen können Abgeordnete umso besser einschätzen, wie sich etwas politisch bewegen lässt, je länger sie dem Parlament angehören. Zum anderen erhöht sich mit der Mandatsdauer die Chance, eine Führungsposition zu erlangen, die auch objektiv größere Gestaltungsspielräume eröffnet.

Bedeutung der Spezialisierung von Abgeordneten nach eigenem Rollenverständnis (2010; in Prozent)



Fragetexte: Ein einfacher Abgeordneter wird nur dann in seiner Fraktion wahrgenommen, wenn er als Spezialist ein bestimmtes Themenfeld besetzt. [Antwortkategorien: trifft voll und ganz zu; trifft eher zu; trifft eher nicht zu; trifft gar nicht zu]

Wenn Sie an Ihre eigene Tätigkeit im Parlament denken, sehen Sie sich da eher als Fachpolitiker oder sehen sich eher als Generalisten?

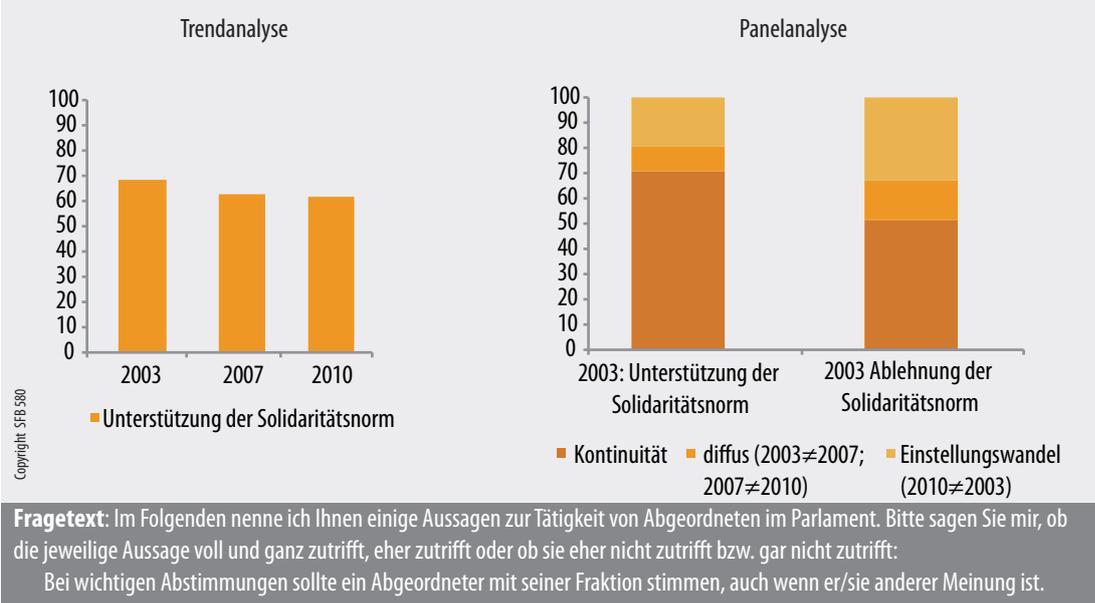
Indem sich ein Abgeordneter auf ein bestimmtes Arbeitsgebiet spezialisiert, verbessert sich für ihn innerhalb der Fraktion die Aussicht, wahrgenommen zu werden. Dieser Meinung sind jedenfalls zwei Drittel der Befragten. Besonders nachdrücklich wird diese Auffassung von denjenigen vertreten, die sich selbst als Fachpolitiker verstehen. Aber auch unter den Generalisten sind die Vorteile einer thematischen Spezialisierung unbestritten (siehe Grafik). Diese Einschätzung verweist auf die zumal bei größeren Fraktionen übliche Abfolge: Abgeordnete tun sich zunächst durch besondere Expertise auf einem Themenfeld hervor und qualifizieren sich damit für Führungsaufgaben, die oftmals das Profil eines Generalisten verlangen.

Fraktionsgeschlossenheit

In deutschen Parlamenten votieren die Fraktionen bei den (wenigen) namentlichen Abstimmungen in aller Regel einheitlich. Diese Geschlossenheit lässt sich auf eine bei den Parlamentariern ausgeprägte Solidaritätsnorm zurückführen: So sind zwei von drei Befragten der Auffassung, ein Abgeordneter solle bei wichtigen Abstimmungen auch dann mit seiner Fraktion stimmen, wenn er anderer Meinung ist. Besonders ausgeprägt ist die Fraktionsolidarität in den Reihen von SPD und Union, während eine Mehrheit der LINKEN diese Norm ablehnt; FDP und Bündnisgrüne sind in der Frage gespalten.

Hat sich die Einstellung gegenüber der Norm der Fraktionsolidarität im Zeitverlauf verändert? Diese Frage lässt sich zunächst anhand einer Trendanalyse auf Aggregatebene untersuchen. Diese zeigt, dass die Unterstützung der Solidaritätsnorm in den seit 2003 untersuchten Parlamenten leicht zurückgegangen ist (siehe Grafik unten links). Betrachtet man nur die Einstellungen der an allen drei Befragungen mitwirkenden Abgeordneten, gewinnt man Aufschluss über die individuellen Einstellungsveränderungen (siehe Grafik unten rechts). 71 Prozent derjenigen, die 2003 für die Solidaritätsnorm eingetreten waren, vertraten diese Position auch 2007 und 2010 (Kontinuität). Lediglich jeder Fünfte aus dieser Gruppe vertrat 2010 eine andere Position als 2003; weitere 10 Prozent haben bei jeder neuen Befragung ihre Präferenz verändert (diffus). Unter den Abgeordneten, die sich 2003 gegen die Solidaritätsnorm aussprachen, hat nur jeder Zweite (51 Prozent) kontinuierlich an dieser Ablehnung festgehalten.

Die Entwicklung der Einstellungen zur Norm der Fraktionsolidarität: Trend- und Panelanalyse (2003–2010; in Prozent)

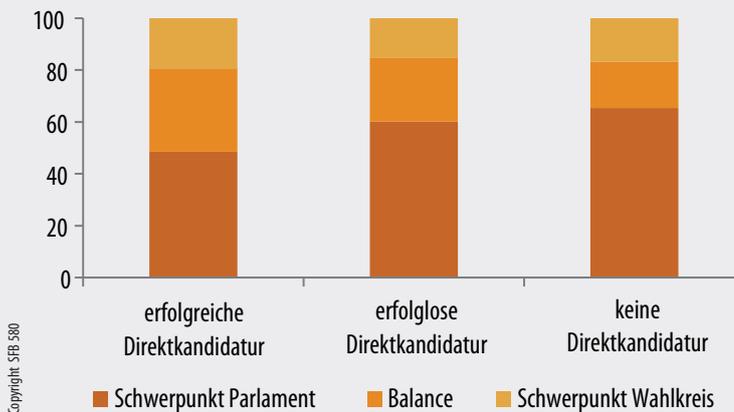


Die Unterstützung der Fraktionsolidarität als Norm erlaubt allerdings noch keinen Rückschluss auf das tatsächliche Abstimmungsverhalten der Abgeordneten. Immerhin jeder dritte Unterstützer der Norm gab an, bereits einmal bei einer wichtigen Abstimmung gegen die Fraktion gestimmt zu haben, obwohl Fraktionsdisziplin erwartet wurde. Im Trend allerdings hat die Häufigkeit abweichenden Abstimmungsverhaltens abgenommen. Massive Sanktionen erwarten die Abgeordneten selbst bei wiederholtem Abweichen von der Fraktionslinie nicht: Jeder dritte Abgeordnete rechnet mit überhaupt keiner Sanktionierung und mit jeweils rund einem Drittel sind eine Verwarnung und die Verhinderung des weiteren Aufstiegs in der Fraktionshierarchie die am häufigsten erwarteten Sanktionen.

Mandat und Wahlkreis

Abgeordnete repräsentieren nicht nur die Bevölkerung im Parlament, sondern leisten auch in ihren Wahlkreisen bzw. an der Basis politische Arbeit. Die Aufgabenverteilung der Parlamentarier zeigt dabei einen deutlichen Schwerpunkt: Im Durchschnitt entfallen fast sechs von zehn Arbeitsstunden auf die parlamentarische Arbeit, für die Wahlkreis- und Basisarbeit bringen die Abgeordneten dagegen vierzig Prozent ihrer Arbeitszeit auf.

Arbeitsschwerpunkte nach Kandidaturmodus (2010; in Prozent)



Fragetext: Und wenn Sie Ihre Arbeit als Abgeordnete(r) insgesamt betrachten, wie viel Prozent Ihrer Arbeitszeit verwenden Sie für die parlamentarische Arbeit und wie viel Prozent für die Wahlkreisarbeit und Basisarbeit?
 [Schwerpunkt Parlament (>55% der Arbeitszeit für Parlamentsangelegenheiten);
 Schwerpunkt Wahlkreis (>55% der Arbeitszeit für Basis-/Wahlkreisangelegenheiten);
 Balance (45-55% der Arbeitszeit für Parlamentsangelegenheiten)]

Eine detaillierte Analyse zeigt, dass 56 Prozent der Abgeordneten der parlamentarischen Arbeit den Vorrang geben, rund ein Viertel beide Aufgaben gleich gewichtet und weitere 17 Prozent vor allem in ihrem Wahlkreis aktiv sind. Erwartungsgemäß zeigen sich diejenigen Parlamentarier am stärksten vor Ort engagiert, die ihr Mandat als erfolgreiche Wahlkreiskandidaten erlangt haben - doch selbst für diese Gruppe stellt die Arbeit im Parlament immer noch den Schwerpunkt dar (siehe Grafik).

Der Vorrang der parlamentarischen Arbeit verfestigt sich noch ein wenig während der parlamentarischen Laufbahn, wohingegen sich der Anteil an

entschiedenen Wahlkreisarbeitern verringert. Die politische Bindung an den Wahlkreis ist vor allem unter den Abgeordneten ausgeprägt, die überwiegend vor Ort Präsenz zeigen: Fast 90 Prozent von ihnen geben an, stark oder sehr stark von der lokalen Partei bei ihrer ersten Kandidatur unterstützt worden zu sein. Doch auch unter jenen Mandatsträgern, die vorrangig im Parlament tätig sind, erhielt noch eine deutliche Mehrheit von 83 Prozent die Unterstützung ihrer lokalen Partei. Eine Konzentration auf die Parlamentsarbeit bedeutet also nicht zwingend einen Verlust der lokalen Verankerung. Dies ist auch verständlich, denn eine Vernachlässigung der Wahlkreis- und Basisarbeit wollen sich nur wenige Abgeordnete leisten: Gerade einmal 13 Prozent der Abgeordneten verwenden weniger als ein Viertel ihrer Arbeitszeit auf diesen Teilbereich ihrer Tätigkeit.

Den unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen entsprechen auch divergierende Konzepte der Abgeordnetentätigkeit. Besonders deutlich wird dies beim Repräsentationsverständnis, also der Frage, wen die Abgeordneten in erster Linie repräsentieren sollten: Eine überwiegende Präsenz im Wahlkreis geht überdurchschnittlich häufig mit dem Anspruch einher, in erster Linie die lokalen bzw. regionalen Interessen - also die Anliegen des eigenen Wahlkreises - politisch zu vertreten.

Parlamentsreformen

Das Parlament stellt den wichtigsten Handlungsraum für die Abgeordneten dar. Seine Regeln beeinflussen dementsprechend ihre Aktivitäten. Die Rolle des Parlaments als zentrale Institution der politischen Entscheidungsfindung wird von der Mehrheit der Abgeordneten nicht bestritten. Drei von fünf Abgeordneten verneinen die Aussage, dass das Parlament an Bedeutung verliert. Während diese Aussage 2003 noch die Zustimmung einer knappen Mehrheit aller Abgeordneten fand, ist die Wahrnehmung eines Bedeutungsverlusts seitdem kontinuierlich zurückgegangen. Auch im Panel zeigt sich, dass die Einschätzung einer Marginalisierung des Parlaments im Laufe der Zeit abnimmt – unabhängig davon, ob die Abgeordneten parlamentarische Führungspositionen übernehmen oder nicht.

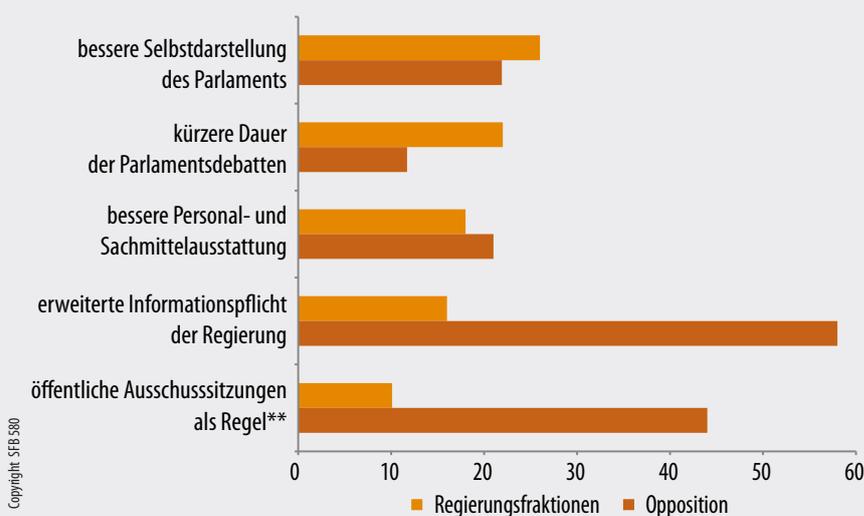
Obwohl immer weniger Abgeordnete einen Bedeutungsverlust wahrnehmen, bleibt der Anteil derer gleich hoch, die die Forderung nach mehr Gesetzgebungsmassnahmen aus dem Parlament heraus unterstützen. Wie 2003 und 2007 liegt er auch 2010 bei knapp 75 Prozent. Nur jeder dritte Parlamentarier meint, dass die direkte Wahl *aller* Abgeordneten die Legitimation des Parlaments stärken würde. Dabei teilen insbesondere jene Mandatsträger diese Einschätzung, die als erfolgreiche Direktkandidaten ins Parlament einzogen. Bei den Einschätzungen zu weiteren Reformvorschlägen zeigen sich teilweise deutliche Unterschiede zwischen den Mitgliedern von Regierungs- und Oppositionsfractionen (siehe Grafik). Abgeordnete der Regierungsfractionen unterstützen

eher Reformen, die auf mehr Effizienz abzielen, z.B. eine Verkürzung der Plenarsitzungen. Anders hingegen die Opposition, der es um die Kontrolle der Regierung geht: Die Debatten im Plenarsaal stellen eine Möglichkeit dar, ihre Meinung zu Gehör zu bringen und die Position der Regierung publikumswirksam zu attackieren.

Auch die Informationspflicht der Regierung wird kontrovers bewert-

et. Deren Erweiterung betrachtet die Mehrheit der Abgeordneten der Opposition als vordringlich, in den Regierungsfractionen teilt hingegen nicht einmal jeder sechste Abgeordnete diese Einschätzung. Ebenfalls große Uneinigkeit herrscht bei der Frage, ob die Öffentlichkeit in der Regel bei Ausschusssitzungen zugelassen sein sollte. Hier sieht die Opposition die Möglichkeit, ihre Wahrnehmbarkeit zu verbessern. Bei den Regierungsfractionen wird diese Reformidee hingegen bei neun von zehn Abgeordneten als weniger dringlich angesehen.

Reformwünsche nach Regierungsfractionen und Opposition (2010; in Prozent)*



Fragetext: Zur Reform der parlamentarischen Arbeit gibt es ja eine breite Debatte. Wie stehen Sie zu den folgenden Vorschlägen? Sind diese Reformziele vordringlich, dringlich oder weniger dringlich?

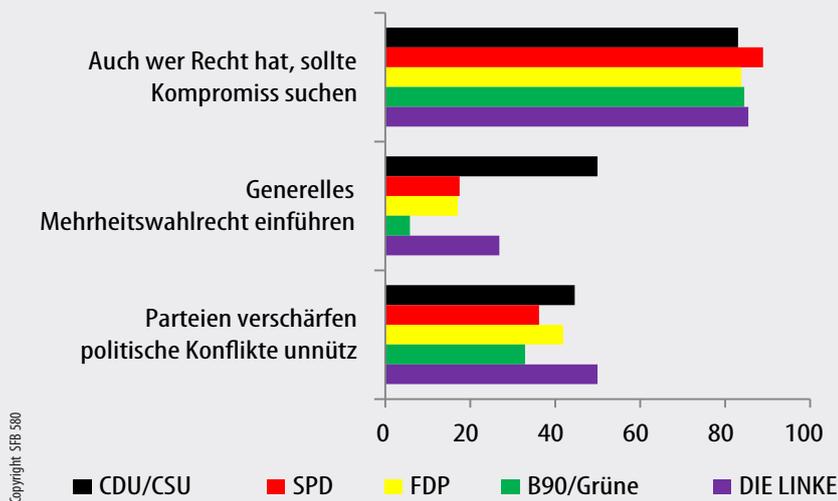
* Es wurden nur Fälle berichtet, die das Problem als „vordringlich“ ansahen.

** Diese Frage wurde nur Abgeordneten aus Parlamenten gestellt, in denen öffentliche Ausschusssitzungen nicht die Regel sind. Landesparlamentariern aus Bayern, Berlin, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz sowie Schleswig-Holstein wurde diese Frage dementsprechend nicht gestellt.

Bewertung politischer Verfahren

So unterschiedlich politische Inhalte von den Parteien und Fraktionen mitunter angesehen werden, so wichtig ist in einer Demokratie, dass Verfahrensregeln zur Lösung politischer Konflikte von allen Akteuren akzeptiert werden. Die Notwendigkeit von Kompromissen

Bewertung politischer Verfahren nach Fraktion (2010; in Prozent)



Fragetext: Jetzt nenne ich Ihnen einige häufig gehörte Thesen zur Demokratie. Bitte sagen Sie mir doch, ob nach Ihrer Meinung die jeweilige Aussage voll und ganz zutrifft, eher zutrifft oder ob sie eher nicht zutrifft bzw. gar nicht zutrifft:

Auch wer in einer Auseinandersetzung Recht hat, sollte den Kompromiss suchen.

Im Interesse einer besseren Regierbarkeit sollte in Deutschland generell das Mehrheitswahlrecht eingeführt werden. [Diese Frage wurde nur an Abgeordneten gerichtet, die auch schon an der Befragung 2003 oder 2007 teilgenommen hatten. MdL aus Baden-Württemberg wurde diese Frage aufgrund des dortigen Wahlrechts generell nicht gestellt.]

Wenn Parteien in der Demokratie eine wichtige Rolle spielen, so werden durch sie doch politische Konflikte oft unnützlich verschärft.

[Nur Zustimmung berichtet, die Kategorien „trifft eher zu“ und „trifft voll und ganz zu“ wurden zusammengefasst.]

scheint dabei eine der parteiübergreifenden Grundüberzeugungen aller deutschen Abgeordneten zu sein. Lediglich rund 15 Prozent der Parlamentarier lehnen diese Einstellung ab (siehe Grafik).

Deutlich kontroverser sind hingegen die Einschätzungen zur Einführung eines generellen Mehrheitswahlrechts. Die Frage danach ist insofern relevant, als das Bundesverfassungsgericht den Gesetzgeber verpflichtet hat, bis Mitte 2011 eine Neuregelung des Wahlrechts vorzunehmen. Anlass ist die im derzeitigen

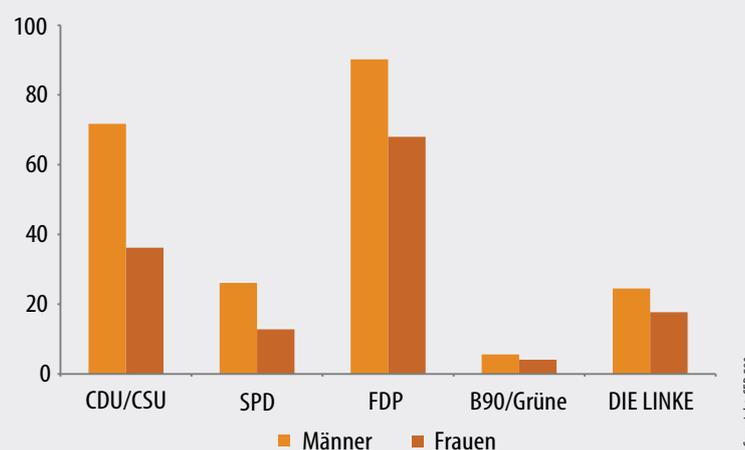
Wahlsystem bestehende Möglichkeit des negativen Stimmengewichts, die beseitigt werden muss. Das Mehrheitswahlrecht wäre eine denkbare Alternative. Es bevorzugt in der gängigen Diktion vor allem die größeren Parteien und so verwundert es wenig, dass die Abgeordneten der Union dieser Idee zu 50 Prozent zustimmen. Aber auch jeder vierte Abgeordnete der LINKEN findet sie begrüßenswert. Von den Abgeordneten der SPD könnte sich jedoch nur knapp jeder Fünfte mit der Einführung eines generellen Mehrheitswahlrechts anfreunden, obwohl die SPD vermutlich zu den von einem solchen Wahlrecht bevorzugten Parteien gehören dürfte.

Die Frage nach der Einschätzung der Rolle, die Parteien in politischen Konflikten spielen, wurde je nach Fraktionszugehörigkeit der Parlamentarier sehr unterschiedlich beantwortet. So bejaht nur rund jeder dritte Abgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD die Aussage, dass Parteien politische Konflikte unnützlich verschärfen. Bei FDP und CDU/CSU stimmen zwei von fünf Parlamentariern dieser Aussage zu. Bei den Abgeordneten der LINKEN findet diese Einschätzung sogar von jedem Zweiten Zuspruch. Ein Unterschied zwischen Oppositions- und Regierungsparteien ließ sich dabei nicht erkennen: In beiden Lagern teilen vier von zehn Parlamentariern diese parteienkritische Einschätzung.

In Volksbegehren und Volksentscheiden sehen gut drei Viertel der Abgeordneten eine sinnvolle Ergänzung der repräsentativen Demokratie. Vor allem Parlamentarier, die Bürgerbeteiligung insgesamt als so wichtig erachten, dass sie dafür auch ein effizienteres Regieren hintan stellen würden, finden sich unter den Befürwortern direktdemokratischer Verfahren. Darüber hinaus schätzen die Mitglieder der Regierungsfraktionen direktdemokratische Beteiligung nur zu gut zwei Dritteln als sinnvolle Ergänzung der repräsentativen Demokratie ein, bei ihren Kollegen aus den Oppositionsfraktionen findet diese Vorstellung mit 89 Prozent eine deutlich stärkere Unterstützung. Interessanterweise zeigen sich gewisse Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Parlamentariern - und zwar sowohl auf EU-, als auch auf Bundes- und Landesebene. Während die ostdeutschen Abgeordneten in direktdemokratischen Verfahren zu 82 bis 86 Prozent eine wichtige Ergänzung der repräsentativen Demokratie sehen, trifft dies bei ihren westdeutschen Kollegen nur auf 65 bis 76 Prozent zu.

Seit jeher umstritten im politischen Raum sind affirmative Maßnahmen, wie z.B. die Einführung einer Geschlechterquote bei der Besetzung politischer Führungsämter. Seitens der Abgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen schlägt einer Frauenquote so gut wie keine Kritik entgegen. Auch bei der LINKEN und der SPD äußern sich nur 20 Prozent kritisch. Die Abgeordneten von CDU/CSU und FDP hingegen lehnen Frauenquoten mehrheitlich ab. In allen Parteien hängt die Zustimmung zudem vom Geschlecht ab, wenn auch in variierendem Ausmaß. Grundsätzlich aber sehen Frauen die Frauenquote deutlich weniger kritisch als ihre männlichen Kollegen (siehe Grafik).

Ablehnung einer Frauenquote nach Fraktionen (2010; in Prozent)



Fragetext: Im Folgenden nenne ich Ihnen einige Aussagen zu bestimmten Politikfeldern. Bitte sagen Sie mir doch, ob nach Ihrer Auffassung die jeweilige Aussage voll und ganz zutrifft, eher zutrifft oder ob sie eher nicht zutrifft bzw. gar nicht zutrifft:

Innerparteiliche Frauenquoten sind kein wünschenswertes Mittel, um den Frauenanteil in politischen Führungsgruppen zu erhöhen.

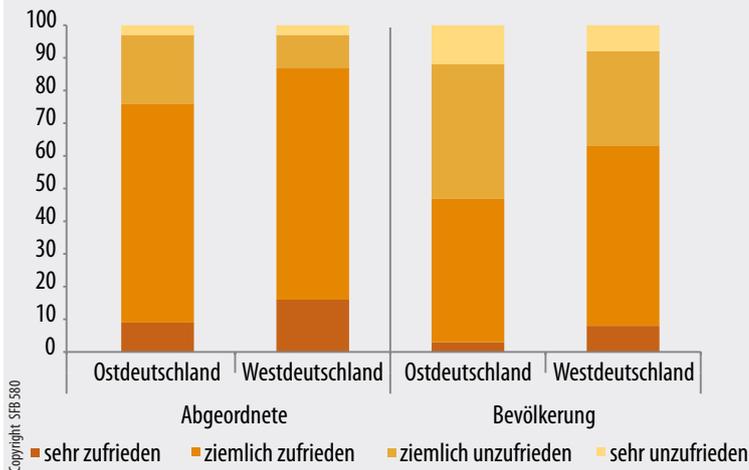
[Nur Zustimmung berichtet, die Kategorien „trifft eher zu“ und „trifft voll und ganz zu“ wurden zusammengefasst.]

Bei der Bewertung des Verhältnisses von Gemeinwohl und Partikularinteressen zeigen sich erneut Unterschiede zwischen den Parteien. Die Aussage, dass eine starke Führung Gruppeninteressen zurückdrängen sollte, um das Gemeinwohl zu fördern, findet besonders bei Abgeordneten der CDU/CSU (51 Prozent) und der FDP (42 Prozent) Anklang; die Abgeordneten von SPD und Bündnis 90/Die Grünen stimmen dem nur zu rund einem Drittel zu. Besonders offen steht die LINKE dem Einfluss von Gruppeninteressen gegenüber: Nur jeder zehnte ihrer Abgeordneten spricht sich für ein Zurückdrängen dieser Interessen aus. Neben den Parteien unterscheiden sich auch die beiden Landesteile in der Bewertung von Partikularinteressen. So sind 39 Prozent der westdeutschen Abgeordneten dafür, dass eine starke Führung Gruppeninteressen zurückdrängen sollte, um das Gemeinwohl zu fördern. Von ihren ostdeutschen Kollegen unterstützen nur 31 Prozent diese Position.

Demokratiezufriedenheit

In Bezug auf die Funktionsweise der Demokratie in Deutschland zeigt sich die Mehrheit der Abgeordneten durchaus zufrieden, wohl nicht zuletzt auch deshalb, weil sie ihr eigenes Handeln als Teil dieser Funktionsweise wahrnehmen. Wie 2007 gibt es auch 2010 in Ostdeutschland mehr mit der Demokratie unzufriedene Parlamentarier als in Westdeutschland. Die Differenz

Demokratiezufriedenheit bei Abgeordneten und in der Bevölkerung im Ost-West-Vergleich (2010; in Prozent)



Fragetext: Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie alles in allem mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland in der Praxis funktioniert? Sind Sie sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, ziemlich unzufrieden oder sehr unzufrieden?

beträgt rund zehn Prozentpunkte - 2007 lag sie noch bei über 20 Prozentpunkten. Größer sind die Unterschiede zwischen der Bevölkerung in beiden Landesteilen. Als (sehr) zufrieden bezeichnet sich in Westdeutschland eine Mehrheit von etwa zwei Dritteln, in Ostdeutschland ist es nur knapp jeder Zweite. Die Unterschiede zwischen ost- und westdeutscher Bevölkerung werden aber übertroffen durch die Unterschiede zwischen der Bevölkerung und ihren Abgeordneten. In beiden Landesteilen sind die Abgeordneten deutlich zufriedener mit der Demokratie als die Bevölkerung. In Westdeutschland

beträgt der Abstand 24, in Ostdeutschland 29 Prozentpunkte (siehe Grafik). Die Demokratiezufriedenheit der Abgeordneten hängt auch von der Zufriedenheit mit ihrer Abgeordnetentätigkeit ab. Nur 14 Prozent der mit ihrer Abgeordnetentätigkeit Zufriedenen ist gleichzeitig unzufrieden mit der Demokratie; bei den mit ihrer Abgeordnetentätigkeit Unzufriedenen ist es jeder Dritte. Zugleich ist die Unzufriedenheit eng mit einer Distanzierung gegenüber dem Einfluss von Parteien verbunden: Mit der Demokratie unzufriedene Abgeordnete bejahen häufiger als ihre zufriedenen Kollegen die Aussage, dass die Parteien in der Gesellschaft zu einflussreich sind - der Unterschied liegt bei immerhin 16 Prozentpunkten.

Augenfällig sind weiterhin die Unterschiede zwischen den Parteien. Bei CDU/CSU, SPD und FDP äußern sich gerade einmal fünf Prozent der Parlamentarier unzufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie. Sind bei Bündnis 90/Die Grünen schon 15 Prozent der Abgeordneten unzufrieden, erreicht dieser Wert mit knapp zwei Dritteln bei der LINKEN seinen Höchststand. Dies ist nur in Teilen der Tatsache geschuldet, dass die LINKE seltener in der Regierungsverantwortung steht als die anderen Parteien: Auch bei den Abgeordneten der LINKEN, deren Fraktionen an einer Regierung beteiligt sind, äußern sich 40 Prozent als unzufrieden mit der Demokratie. Insgesamt ist nur einer von zehn Abgeordneten aus Regierungsfractionen unzufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie; bei den Vertretern aus oppositionellen Fraktionen ist es jeder Vierte. Bei den mit der Demokratie zufriedenen Abgeordneten zeigt sich eine stärker ausgeprägte Überzeugung von der eigenen politischen Wirksamkeit: Sie schätzen den Einfluss, den sie auf die Geschicke des Landes haben, tendenziell höher ein als ihre unzufriedenen Kollegen - und zwar unabhängig davon, ob sie eine Führungsposition übernehmen oder nicht. Dagegen wirkt sich die Demokratiezufriedenheit kaum auf die Absicht zu einer erneuten Kandidatur für ein Parlamentsmandat aus - auch die wenigen zufriedenen Abgeordneten sind weiterhin bereit, politische Verantwortung zu übernehmen.

Vertrauen in Politiker und Parteien

In der parlamentarischen Demokratie gilt es immer, ein ausgewogenes Verhältnis von Vertrauen und Misstrauen zu finden. Wird den politischen Akteuren ausnahmslos vertraut, gibt es keine wirksame demokratische Kontrolle. Wo aber den Politikern ausschließlich Misstrauen entgegengebracht wird, werden deren Entscheidungen kaum akzeptiert, wodurch die parlamentarische Demokratie letztendlich handlungsunfähig wird. Vor diesem Hintergrund wird in der Öffentlichkeit häufig die Meinung vertreten, das Vertrauen in die Politiker und Parteien habe in den letzten zehn Jahren stetig abgenommen. Sowohl unter den Abgeordneten (80 Prozent) als auch in der Bevölkerung (72 Prozent) wird die Wahrnehmung eines Vertrauensverlusts von einer großen Mehrheit geteilt.

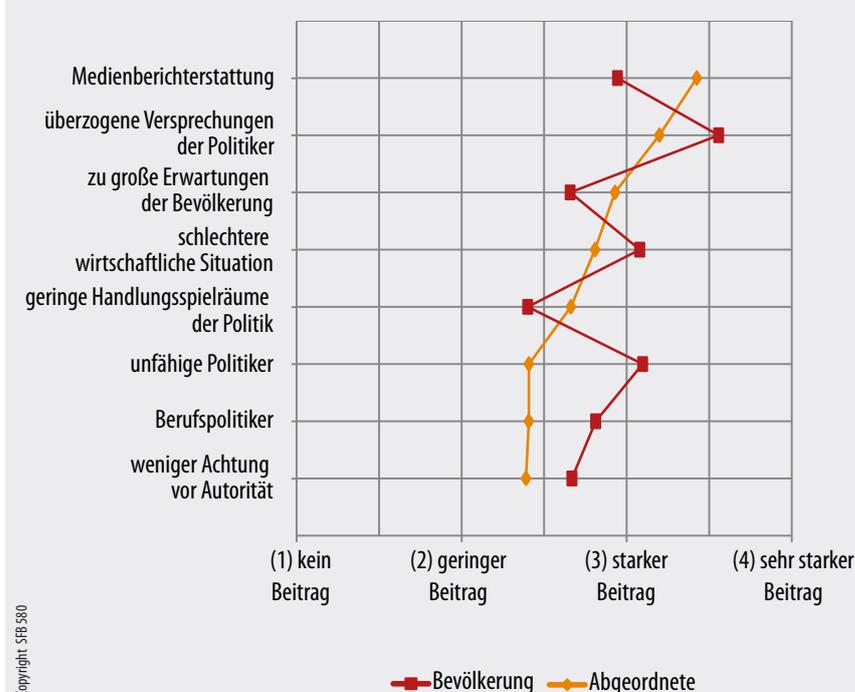
Beide Gruppen unterscheiden sich jedoch deutlich bei der Frage, worin die Gründe für den Vertrauensverlust zu suchen sind (siehe Grafik). Während die Parlamentarier mit der Berichterstattung in den Medien eine schwer beeinflussbare Rahmenbedingung politischen Handelns an erster Stelle

nennen, nimmt die Bevölkerung die überzogenen Versprechungen der Politiker als wichtigsten Grund wahr. Allerdings schlagen die Abgeordneten auch selbstkritische Töne an: Die überzogenen Versprechungen von Politikern gelten ihnen als zweitwichtigster Grund, auch wenn sie deren Einfluss geringer einschätzen als die Bevölkerung.

Abgesehen von der wirtschaftlichen Situation und dem abnehmenden Zutrauen in Autoritäten misst die Bevölkerung den Rahmenbedingungen politischen Handelns weniger Bedeutung für

den Vertrauensverlust bei als die Parlamentarier. Im Gegenzug halten die Bürger den Einfluss der Handlungen und Eigenschaften der Politiker für gewichtiger. Vor allem in der Einschätzung des Beitrags unfähiger Politiker unterscheiden sich beide Gruppen: Während die Bevölkerung diesen Aspekt als zweitwichtigsten Grund für den Vertrauensverlust ansieht, steht er bei den Abgeordneten auf dem vorletzten Platz.

Gründe für Vertrauensverlust (2010; Mittelwerte)



Copyright SFB 580

Fragetext (Parlamentarierbefragung): In welchem Ausmaß haben sich in den letzten 10 Jahren die folgenden Faktoren negativ auf das Vertrauen der Wähler in Politiker und Parteien ausgewirkt? Haben sie sich sehr stark, ziemlich stark, nicht sehr stark oder sehr wenig auf das Vertrauen ausgewirkt?

Fragetext (Bevölkerungsbefragung): Ich nenne Ihnen nun mögliche Ursachen für das gesunkene Vertrauen. Sagen Sie mir bitte, ob diese jeweils sehr stark, ziemlich stark, nicht sehr stark oder sehr wenig zum Vertrauensverlust beigetragen haben.

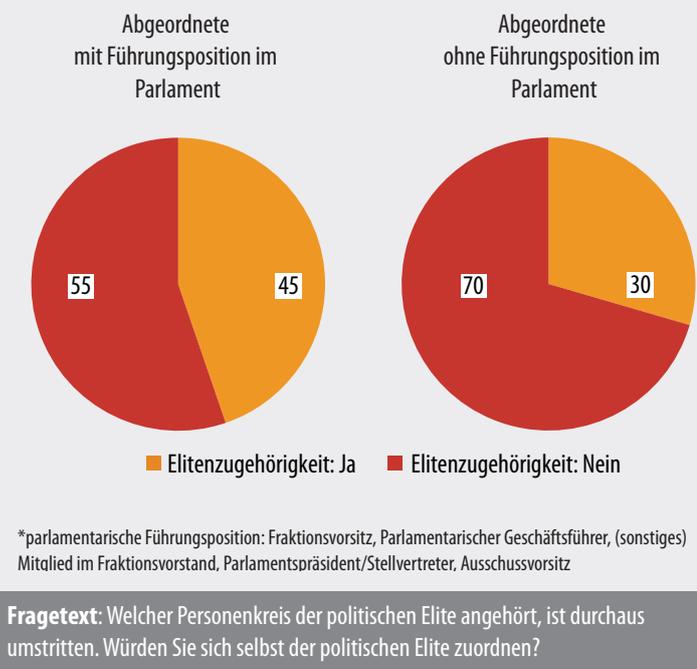
[Es wurden nur Fälle berichtet, die auch einen Vertrauensverlust wahrgenommen haben.]

Eliten

Selbstverständnis

Während in Großbritannien oder Frankreich Eliten als selbstverständlich und ihre Förderung als erstrebenswert gelten, war der Begriff in der Bundesrepublik Deutschland lange Zeit negativ konnotiert. Diese historisch begründete Elitenskepsis macht sich auch in der Selbsteinschätzung deutscher Parlamentarier bemerkbar. Wie schon bei der vorausgegangenen JENAER PARLAMENTARIERBEFRAGUNG 2007 rechnete sich auch 2010 nur jeder dritte Befragte der politischen Elite zu. Die jüngsten gesellschaftlichen Debatten über Bedeutung und Aufgaben von Eliten haben die Vorbehalte der Abgeordneten, sich dieser zuzurechnen, anscheinend nicht gemindert.

Subjektive Elitenzugehörigkeit nach Führungsposition im Parlament* (2010; in Prozent)



Dass das Selbstverständnis als Elite nicht mit politischen Überzeugungen zusammenhängt, darauf deuten die eher geringen Unterschiede zwischen den Fraktionen hin. Selbst eine ausgeprägte Unterstützung von Gleichheitsnormen hat keinen Einfluss darauf, ob sich Abgeordnete als Teil der politischen Elite verstehen.

Maßgeblich dafür sind stattdessen die parlamentarische Erfahrung und der mutmaßliche politische Einfluss. So ist das Elitebewusstsein bei Bundestagsabgeordneten viel stärker ausgeprägt als bei Landesparlamentariern. Selbiges gilt auch für langjährige Mandatsträger, bei denen die Einschätzung der Elitenzugehörigkeit stärker ausgeprägt ist als bei parlamentarischen Neulingen. Zudem

betrachten sich Abgeordnete mit Führungspositionen im Vergleich zu denjenigen ohne Führungspositionen sehr viel häufiger als Teil der politischen Elite. Selbst in dieser Gruppe mit parlamentarischen Führungsaufgaben ist es aber nicht einmal jeder Zweite (siehe Grafik).

Bedeutende Auswirkungen auf das Verständnis der eigenen Rolle als Mandatsträger hat die Selbstzuschreibung des Elitenstatus nicht. Allenfalls fällt auf, dass Befragte, die sich der politischen Elite zurechnen, ihre Rolle als Abgeordnete stärker darin sehen, politische Orientierungsleistungen zu erbringen. Auch schätzen sie die Einflussmöglichkeiten von Personen in ihrer Position deutlich größer ein als diejenigen Parlamentskollegen, die sich nicht als Teil der Elite betrachten.

Elitenintegration

Wie politische Eliten ihre Aufgaben wahrnehmen, hängt auch davon ab, ob sie ausreichend gesellschaftlich integriert sind. Von Interesse ist daher, ob sie in einem regen Kontakt mit den Führungsgruppen anderer gesellschaftlicher Sektoren sowie mit den Bürgern stehen, deren Interessen sie repräsentieren sollen. Für Abgeordnete als direkt gewählte Volksvertreter gilt dies in besonderem Maße. Dabei sind zwei Formen der Elitenintegration zu unterscheiden: Die horizontale Integration gibt Auskunft darüber, ob ein auf gemeinsamen Grundhaltungen fußender Austausch mit den Eliten etwa der Wirtschaft oder der Wissenschaft stattfindet. Die vertikale Integration hingegen erfasst die Rückkopplung der politischen Eliten mit der Bevölkerung.

Nimmt man den Kontakt von Abgeordneten zu Führungskräften der Wirtschaft als einen Anhaltspunkt für die horizontale Elitenintegration, so kann diese als weit entwickelt gelten. Allerdings variiert die Häufigkeit der Kontakte erheblich danach, ob es sich um mittelständische Unternehmer, Vertreter von Unternehmensverbänden oder das Führungspersonal der 100 größten Firmen in Deutschland handelt. Den engsten Austausch gibt es auf der lokalen Ebene: Knapp die Hälfte der Parlamentarier hat mindestens wöchentlich Kontakt mit mittelständischen Unternehmern im eigenen Wahlkreis (siehe Tabelle). Hingegen konzentriert sich der Kontakt zu den Führungsetagen der größten Unternehmen auf einen kleinen Kreis von Spitzenpolitikern. Ein reger Kontakt führt auch zu einer freundlicheren Wahrnehmung der Wirtschaftselite. Dieser Zusammenhang ist allerdings nur schwach. Er bezieht sich insbesondere auf Kontakte zu mittelständischen Firmen und zu Unternehmensverbänden und umfasst in erster Linie, wie die Parlamentarier die Gemeinwohlorientierung der Wirtschaft wahrnehmen. So bestärken häufige Kontakte die Abgeordneten in ihrer Auffassung, dass die wirtschaftliche Elite ehrlich, sensibel für soziale Fragen sowie auf das Wohl der Bevölkerung bedacht ist.

Kontakte der Abgeordneten zu Führungskräften der Wirtschaft (2010; in Prozent)			
	Kontakt zu . . .		
	mittelständischen Unternehmen	Unternehmensverbänden	100 größten deutschen Unternehmen
häufiger als wöchentlich	14	4	1
etwa wöchentlich	33	15	2
etwa monatlich	38	46	16
seltener als einmal im Monat	13	29	46
nie	2	6	36

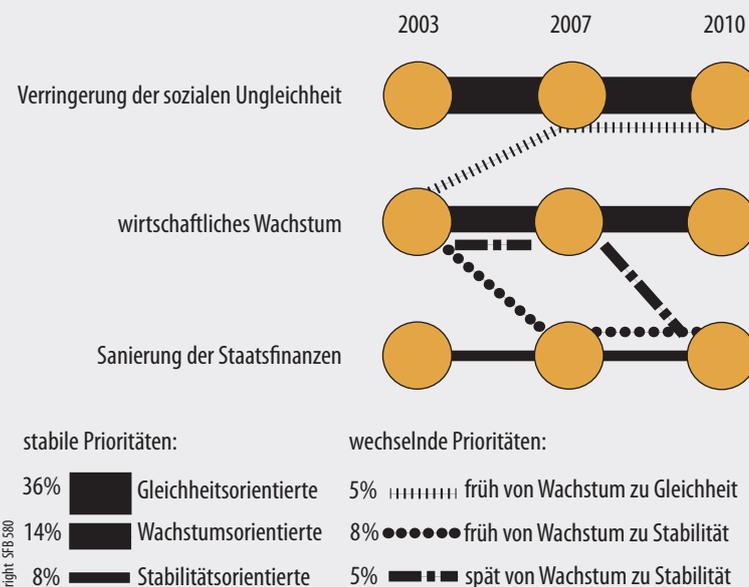
Das mitunter in den Medien gezeichnete Bild einer selbstbezogenen, von der Gesellschaft entkoppelten politischen Elite lässt sich in der Wahrnehmung der Abgeordneten nicht bestätigen. Bei den Aufgaben im Parlament werden jene Tätigkeiten, die einen direkten Kontakt zum Bürger ermöglichen, als besonders relevant bezeichnet. So messen zwei Drittel der Befragten den Aktivitäten im Wahlkreis allerhöchste Bedeutung bei. Ein ähnlich hoher Anteil der Abgeordneten betrachtet die Vertretung der Interessen der Bürger als eine sehr wichtige Aufgabe. Die Interessen der eigenen Partei sind dem deutlich nachgeordnet. Deuten diese Befunde auf eine starke vertikale Elitenintegration hin, so werden sie doch durch die Wahrnehmungen der Bürger ein wenig relativiert. Offenbar gehen hier die Selbstwahrnehmungen der Parlamentarier und ihre Fremdwahrnehmung durch die Wahlbürger auseinander. Nach der bundesweiten Bevölkerungsbefragung des Forschungsprojekts von Ende 2010 zeigt sich eine Mehrheit mit der Leistung der politischen Eliten unzufrieden; das Vertrauen in Politiker ist mäßig.

Politische Streitfragen

Politisches Entscheiden erfordert die Festlegung darauf, welche Ziele besonders wichtig und welche von nachgeordneter Dringlichkeit sind. Den befragten Parlamentariern wurden folgende Alternativen zur Entscheidung vorgelegt: Verringerung sozialer Ungleichheit, Förderung des Wirtschaftswachstums und Sanierung der Staatsfinanzen. Die Verringerung der sozialen Ungleichheit erweist sich mit deutlichem Vorsprung als Hauptanliegen der Parlamentarier. Jeder zweite Abgeordnete fühlt sich in erster Linie diesem Ziel verpflichtet. Die übrigen Parlamentarier wollen entweder vorrangig das Wirtschaftswachstum fördern (24 Prozent) oder die Staatsfinanzen sanieren (27 Prozent).

Der Blick auf die individuelle Entwicklung offenbart eine Dynamik, die sich schon 2007 angedeutet hat. So betrachtete gut ein Drittel der Abgeordneten die Verringerung sozialer Ungleichheit kontinuierlich, d.h. bei allen drei Befragungen, als vorrangig (Gleichheitsorientierte). 14 Prozent verfolgten konsistent das Ziel des Wirtschaftswachstums (Wachstumsorientierte), und knapp jeder Zehnte sprach sich stets vorrangig für die Sanierung der Staatsfinanzen aus (Stabilitätsorientierte). Bei den übrigen Abgeordneten wechselte die Reihenfolge der wichtigsten Ziele (siehe Grafik).

Entwicklung politischer Prioritäten (2003-2010; Panel)



Fragetext: Die Sanierung der Staatsfinanzen, das wirtschaftliche Wachstum und die Verringerung der sozialen Ungleichheit gelten allesamt als wichtige politische Ziele. Wenn Sie diese Ziele bewerten müssten, welches Ziel käme für Sie an erster Stelle: die Verringerung der sozialen Ungleichheit, das wirtschaftliche Wachstum oder die Sanierung der Staatsfinanzen? [Es werden nur Verläufe berichtet, deren Häufigkeit über 5% lag.]

Um die relevanten Veränderungen zu dokumentieren, werden im Folgenden nur die Bewegungsmuster berichtet, die von mindestens fünf Prozent der Abgeordneten vollzogen wurden. So orientierten sich acht Prozent der Parlamentarier zwischen 2003 und 2007 von der Förderung des Wirtschaftswachstums hin zur Stabilisierung der Staatsfinanzen. Die Riege der Wachstumsorientierten wurde nach 2007 weiter geschwächt,

denn noch einmal wandten sich fünf Prozent der zunächst am Wirtschaftswachstum Interessierten der Sanierung der Staatsfinanzen zu. Die Gruppe der Gleichheitsorientierten bekam nur zwischen 2003 und 2007 nennenswerten Zulauf: Fünf Prozent der anfangs dem Wirtschaftswachstum Priorität einräumenden Parlamentarier orientierten sich um in Richtung Verringerung sozialer Ungleichheit. Damit hat in der Bilanz letztlich nur die Förderung des wirtschaftlichen Wachstums Anhänger verloren. Die Verringerung der sozialen Ungleichheit hat ihre sowieso schon starke Stellung leicht ausbauen können, und mit den Jahren gewann auch der Aspekt der Stabilisierung der Staatsfinanzen weiter an Unterstützern.

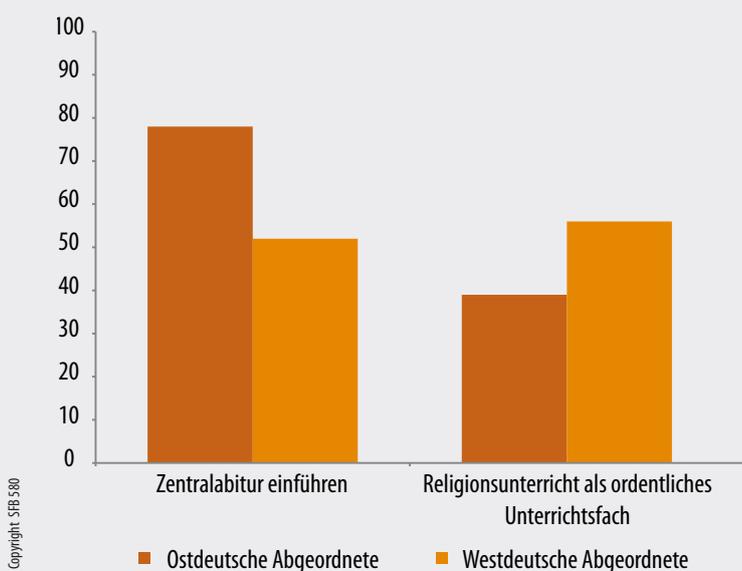
Neben diesen grundsätzlichen Entscheidungen kann auch zu politischen Einzelfragen Stellung genommen werden. Erwartungsgemäß zeigen sich dabei insbesondere zwischen den einzelnen Fraktionen Unterschiede. So findet die Vorstellung, wonach die Schaffung von Arbeitsplätzen Aufgabe des Staates ist, bei zwei Dritteln der Abgeordneten der LINKEN Anklang. Diesen Auffassungen stimmt dagegen lediglich jeder fünfte Parlamentarier der SPD und nur jeder zehnte Abgeordnete von CDU/CSU sowie Bündnis 90/Die Grünen zu. Bei der FDP liegt die Zustimmung sogar nur bei drei Prozent. Dass soziale Ungleichheit ein individueller Leistungsanreiz ist, findet vornehmlich bei der Union (70 Prozent) sowie der FDP (80 Prozent) Unterstützung. Der Anteil der Befürworter liegt in den anderen Parteien deutlich darunter: Jeder fünfte Parlamentarier der SPD bzw. von Bündnis 90/Die Grünen und nur jeder zehnte Abgeordnete der LINKEN bejahen diese Position.

Bei der Frage nach der Einführung eines bundesweiten Zentralabiturs gibt es vor allem Unterschiede zwischen den Abgeordneten aus Ost- und Westdeutschland (siehe Grafik). Während ein bundesweites Zentralabitur in Ostdeutschland bei knapp vier von fünf Abgeordneten Zuspruch findet, kann sich in Westdeutschland nur jeder Zweite dafür erwärmen. Bei der Frage nach dem Religionsunterricht als ordentlichem Schulfach verhält es sich umgekehrt: In Westdeutschland unterstützen 56 Prozent der Parlamentarier diese Idee, in Ostdeutschland hingegen nur knapp 40 Prozent.

Hinsichtlich der Einstellung zur Einschränkung von Grundrechten zum Schutz vor Terrorismus lassen sich Unterschiede zwischen Regierungsfractionen und Opposition ausmachen. Grundrechtseinschränkungen lehnen neun von zehn Mitgliedern oppositioneller Fraktionen ab, aber nur zwei Drittel der Parlamentarier aus den Regierungsfractionen. Ein ähnliches Verhältnis zeigt sich bei der Frage nach Zuwanderungseinschränkungen für Menschen aus

Nicht-EU-Ländern. Jedoch ist hier der Abstand zwischen Regierungsfractionen und Opposition etwas geringer. Bei beiden Fragen werden erwartungsgemäß auch klare Fraktionsunterschiede deutlich. So zeigen sich die Abgeordneten von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der LINKEN Einwanderern gegenüber aufgeschlossener. Der Einschränkung von Grundrechten zur Terrorismusbekämpfung hingegen steht man in diesen Fraktionen mehrheitlich ablehnend gegenüber.

Zentralabitur und Religionsunterricht in Ost- und Westdeutschland (2010; in Prozent)



Fragetext: Als Parlamentarier muss man sich ja beständig eine Meinung zu Entscheidungen in einzelnen Politikfeldern bilden. Wie beurteilen Sie die folgenden Aussagen. Trifft Ihrer Meinung nach die jeweilige Aussage voll und ganz zu, eher zu oder trifft sie eher nicht zu bzw. gar nicht zu?

In Deutschland sollte bundesweit das Zentralabitur eingeführt werden.

Der Religionsunterricht sollte überall in Deutschland ein ordentliches Schulfach sein.

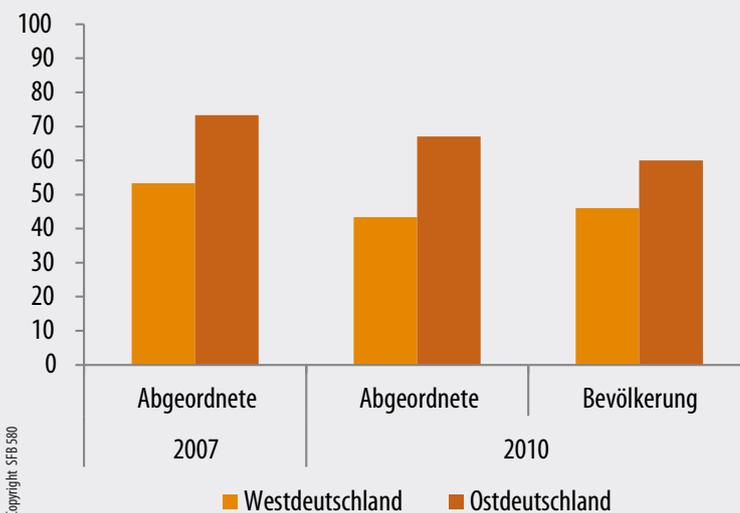
[Nur Zustimmung berichtet, die Kategorien „stimme eher zu“ und „stimme voll und ganz zu“ wurden zusammengefasst.]

20 Jahre Deutsche Einheit

Während eine einheitliche Rechts- und Sozialordnung im vereinten Deutschland zügig realisiert worden ist, stellt sich auch im zwanzigsten Jahr der Wiedervereinigung die Frage nach der inneren Einheit des Landes. Einig sind sich die Abgeordneten über den Fortbestand von Unterschieden zwischen Ost- und Westdeutschland: Diese Einschätzung lehnt nur jeder zehnte west- und jeder zwanzigste ostdeutsche Abgeordnete ab. Als eine mögliche Ursache für diese Unterschiede wurde nach der Bedeutung der unterschiedlichen Prägungen gefragt, die die Bürger in beiden Landesteilen vor 1990 in BRD bzw. DDR erhalten hatten. Mit 62 Prozent sehen fast zwei Drittel der Abgeordneten in den divergierenden Prägungen die entscheidende Ursache für die fortbestehenden Ost-West-Unterschiede. Damit fällt die Zustimmung fast genauso hoch aus wie 2007.

Neben den wahrgenommenen Ursachen kann auch die Einschätzung der Folgen fortbestehender Ost-West-Unterschiede, insbesondere die Frage nach einer unterschiedlichen Politik in Ost- und Westdeutschland, unterschiedlich ausfallen. Der

Befürwortung unterschiedlicher Maßstäbe für Ost- und Westdeutschland (2007 und 2010; in Prozent)



Fragetext: Im Folgenden nenne ich Ihnen einige Aussagen zu bestimmten Politikfeldern. Bitte sagen Sie mir doch, ob nach Ihrer Auffassung die jeweilige Aussage voll und ganz zutrifft, eher zutrifft oder ob sie eher nicht zutrifft bzw. gar nicht zutrifft:
Auch heute noch können die ostdeutschen Länder nicht nach den gleichen Maßstäben wie die westdeutschen Länder behandelt werden.
[Nur Zustimmung berichtet; die Kategorien „trifft eher zu“ und „trifft voll und ganz zu“ wurden zusammengefasst.]

nen. Befürworter und Abgeordnete, die diese Aussage ablehnen, halten sich ungefähr die Waage. Einzige Ausnahme stellen die Abgeordneten der LINKEN dar, die überdurchschnittlich häufig eigene Maßstäbe für Ostdeutschland für angemessen erachten. Diese Einschätzung teilen 60 Prozent der westdeutschen Abgeordneten der LINKEN und sogar 65 Prozent ihrer ostdeutschen Kollegen.

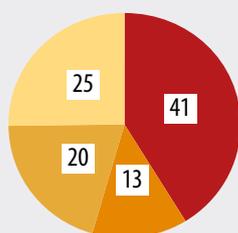
Parallel zur Befragung der Abgeordneten wurde 2010 eine repräsentative Bevölkerungsumfrage durchgeführt, sodass die Abgeordneten mit den Bürgern in beiden Landesteilen verglichen werden können. In Übereinstimmung mit ihren Abgeordneten fordern auch in der Bevölkerung mehr Ost- als Westdeutsche unterschiedliche Maßstäbe für beide Landesteile, wobei die Zustimmung unter der ostdeutschen Bevölkerung etwas verhaltener als die ihrer Parlamentarier ausfällt (siehe Grafik).

Blick auf die Abgeordneten zeigt eine gleichgerichtete Entwicklung in beiden Landesteilen, aber auf unterschiedlichem Niveau. Sah 2007 noch rund jeder zweite westdeutsche Parlamentarier eigene Maßstäbe für den Osten als nötig an, so sind es 2010 nur noch 43 Prozent. Auch bei ihren ostdeutschen Kollegen hat diese Position an Rückhalt verloren, wenngleich weniger deutlich: Die Bejahung eigener Maßstäbe für Ostdeutschland sank von gut drei Viertel 2007 auf nunmehr 67 Prozent. Damit klaffen die Einschätzungen zwischen ost- und westdeutschen Abgeordneten auch 2010 noch deutlich auseinander (siehe Grafik). Unterschiede zwischen den Fraktionen sind in Bezug auf eigene Maßstäbe für Ostdeutschland kaum zu erken-

Die individuelle Entwicklung der Einstellungen zu Ursachen und Folgen der Ost-West-Unterschiede zwischen 2007 und 2010 lässt eine mehrheitlich stabile Einschätzung erkennen (siehe Grafik). Sowohl die Notwendigkeit eigener Maßstäbe für Ostdeutschland als auch die Begründung von Ost-West-Unterschieden durch die Prägung vor der Wende wurden von 41 bzw. 46 Prozent der Parlamentarier zu beiden Befragungszeitpunkten bejaht. Eine die Konvergenzen zum Ausdruck bringende Sicht der Dinge ist weitaus seltener: Nicht einmal jeder vierte Abgeordnete änderte zwischen 2007 und 2010 seine Meinung dahingehend, dass Ostdeutschland keine eigenen Maßstäbe mehr benötigt bzw. verneint nun die Vor-Wende-Prägung als Grund für Ost-West-Unterschiede. Wiederum etwa ein Viertel der Befragten in beiden Landesteilen hielt eigene Maßstäbe für Ostdeutschland schon 2007 nicht für angebracht bzw. sah die Vor-Wende-Prägungen nicht als Grund für bestehende Unterschiede an. Insgesamt zeigt sich, dass auch 2010 die Sichtweisen überwiegen, nach denen Ost-West-Unterschiede fortbestehen. Die Einschätzung von rund zwei Dritteln aller Abgeordneten, die Vorwendeprägung als wichtige Ursache zu benennen, deutet darauf hin, dass in der Sicht der Parlamentarier eine Annäherung durch Angleichung auch für die nächsten Jahre noch nicht zu erwarten ist. Jedoch haben seit 2007 immerhin 15 Prozent ihre Meinung in dieser Hinsicht geändert und attestieren der Vor-Wende-Prägung damit einen schwächer werdenden Einfluss.

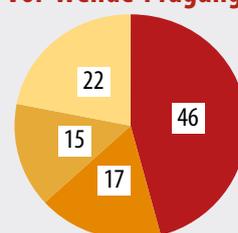
Entwicklung der Einstellungen zu Ost-West-Unterschieden (Panel) (2007 - 2010; in Prozent)

Eigene Maßstäbe für Ostdeutschland



- stabil: eigene Maßstäbe notwendig
- Zunahme: eigene Maßstäbe notwendig
- Abnahme: eigene Maßstäbe notwendig
- stabil: keine eigenen Maßstäbe notwendig

Ost-West-Unterschiede durch Vor-Wende-Prägung



- stabil: Ost-West-Unterschiede durch Prägung
- Verstärkung: Ost-West-Unterschiede durch Prägung
- Abminderung: Ost-West-Unterschiede durch Prägung
- stabil: Ost-West-Unterschiede nicht durch Prägung

Lesehilfe: 41 Prozent jener Befragten, die 2007 eigene Maßstäbe für Ostdeutschland bejahten, stimmten auch 2010 wieder eigenen Maßstäben für Ostdeutschland zu.

Fragetext: Im Folgenden nenne ich Ihnen einige Aussagen zu bestimmten Politikfeldern. Bitte sagen Sie mir doch, ob nach Ihrer Auffassung die jeweilige Aussage voll und ganz zutrifft, eher zutrifft oder ob sie eher nicht zutrifft bzw. gar nicht zutrifft:

Die Unterschiede liegen vor allem in den verschiedenen Prägungen der Ost- und Westdeutschen vor der Wiedervereinigung begründet. [Diese Frage wurde nur Abgeordneten gestellt, die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland bejahten.] Auch heute noch können die ostdeutschen Länder nicht nach den gleichen Maßstäben wie die westdeutschen Länder behandelt werden.

Die ostdeutschen Abgeordneten geben darüberhinaus mit 57 Prozent mehrheitlich an, innerhalb ihrer jeweiligen Partei Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Abgeordneten zu erkennen. Bei den westdeutschen Parlamentariern sind die Mehrheitsverhältnisse umgekehrt: Sie nehmen zu 61 Prozent keine oder nur geringe Unterschiede wahr. Insbesondere die Abgeordneten der LINKEN bemerken mehrheitlich Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Abgeordneten. In den übrigen Fraktionen reicht der Anteil derer, die Unterschiede wahrnehmen, von 22 (CDU/CSU) bis 53 Prozent (Bündnis 90/Die Grünen). Auch in den Parteien scheinen die Unterschiede zwischen Ost und West weiterhin deutlich wahrnehmbar zu sein.

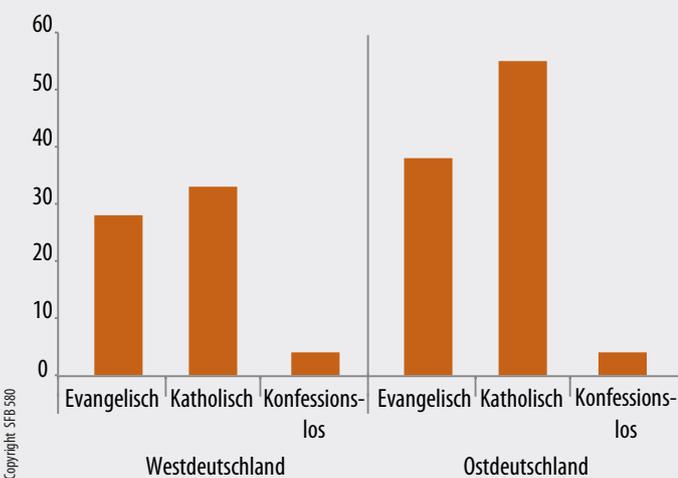
Europa

Angesichts der vielfachen Erweiterungen der EU in den letzten Jahren wird immer wieder die Frage gestellt, welche Elemente den Kern der europäischen Identität ausmachen. Hier sind verschiedene Antworten denkbar. Die Abgeordneten nehmen die kulturelle Tradition als ein sehr wichtiges Element der europäischen Identität wahr, die allerdings als „christlich-abendländische Kultur“ auch religiöse Konnotationen trägt. Vier von fünf Parlamentariern sehen sie als „wichtig“ oder „ziemlich wichtig“ an. Im Vergleich zu 2007 hat die Bedeutung der kulturellen Tradition leicht abgenommen: Damals wurde sie noch von 87 Prozent der Abgeordneten als (ziemlich) wichtig angesehen. Ob jemand in Europa geboren ist oder ob seine Eltern gebürtige Europäer sind, spielt indessen nur für eine Minderheit von 16 bzw. 10 Prozent eine Rolle. Dieser Anteil lag 2007 in Bezug auf die Geburt in Europa noch bei rund 20 Prozent, in Bezug auf gebürtige Europäer als Eltern bei 14 Prozent. Stattdessen betonen, wie schon 2007, neun von zehn Abgeordneten, dass eine europäische Identität vor allem an der Beachtung europäischer Normen und Institutionen festzumachen ist. Diese Einschätzung wird unabhängig von der Parteizugehörigkeit geteilt. Des Weiteren gilt als Europäer, wer sich als Europäer fühlt. Das kann als Hinweis auf die Beständigkeit der Anerkennung dieser Normen gedeutet werden, denn wer sich als Europäer fühlt, hat die europäischen Normen internalisiert. Diese mit Blick auf Europa als Einwanderungsregion verbundenen Einschätzungen sind allerdings mit der Bedingung verbunden, dass man als Europäer auch eine europäische Sprache sprechen kann. Nur knapp vier Prozent der Parlamentarier widersprechen dieser Auffassung – eine Größenordnung, die auch schon 2007 ermittelt wurde.

Eine weitere Quelle europäischer Identität könnte die gemeinsame religiöse Tradition darstellen. Allerdings sieht nur jeder fünfte Abgeordnete das Christentum als bedeutende Quelle an; die ostdeutschen Parlamentarier teilen diese Meinung seltener als ihre westdeutschen Kollegen. Gegenüber 2007 ist damit ein leichter Rückgang zu verzeichnen: Damals lag die Zustimmung zur Bedeutung des christlichen Glaubens noch bei 25 Prozent. Erwartungsgemäß betonen besonders Abgeordnete der CDU/CSU die Bedeutsamkeit des christlichen Glaubens für die europäische Identität. Neben den Fraktionsunterschieden spielt vornehmlich die Konfession eine Rolle. Konfessionslose Parlamentarier lehnen sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland nahezu einheitlich das Christentum als Quelle einer europäischen

Identität ab. Evangelische, aber ganz besonders katholische Parlamentarier hingegen teilen diese Einschätzung deutlich häufiger. Dabei gibt es interessante Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland (siehe Grafik): Gerade die Christen im östlichen Landesteil vertreten diese Meinung stärker als ihre Glaubensbrüder und -schwestern in Westdeutschland. Es steht zu vermuten, dass dies einer gewissen Diaspora-Situation geschuldet ist, die aus Vertretern von Minderheiten häufig besonders engagierte Befürworter ihrer Haltungen macht.

Christentum als Quelle europäischer Identität in Ost- und Westdeutschland (2010; in Prozent)

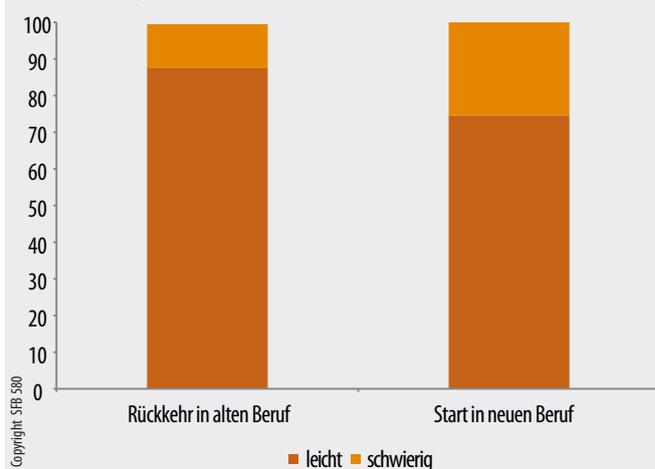


Es gibt ja unterschiedliche Vorstellungen darüber, was es bedeutet, ein Europäer zu sein. Wie wichtig ist es dafür Ihrer Meinung nach, Christ zu sein? Ist das sehr wichtig, ziemlich wichtig, nicht sehr wichtig oder unwichtig?
[Nur Zustimmung berichtet, die Kategorien „ziemlich wichtig“ und „sehr wichtig“ wurden zusammengefasst.]

Nach dem Mandat

Die Übernahme eines parlamentarischen Mandats stellt für die meisten Abgeordneten eine Tätigkeit auf Zeit dar. Im Schnitt bleiben die Abgeordneten für etwas länger als zwei Legislaturperioden im Parlament, was individuell aber stark abweichen kann. Insgesamt ein Drittel der Abgeordneten, die zwischen 2007 und 2010 aus dem Parlament ausschieden, sind direkt nach ihrem Mandat in Rente oder Ruhestand gegangen. Ein weiteres Drittel hingegen kehrte in seinen alten Beruf zurück.

Erfahrungen mit dem Berufseinstieg nach Mandat (Ehemalige Abgeordnete 2010; in Prozent)



Fragetexte:

Wie schwierig war es für Sie, in Ihren früheren Beruf zurückzukehren?
Wie schwierig war es für Sie, in Ihrem neuen Beruf Fuß zu fassen?

War das sehr schwierig, schwierig, weniger schwierig oder gar nicht schwierig?
[Die Kategorien „sehr schwierig“ und „schwierig“ wurden zu „schwierig“ zusammengefasst; „weniger schwierig“ und „gar nicht schwierig“ zu „leicht“.]

Rund jeder Fünfte orientierte sich beruflich neu, wohingegen acht Prozent arbeitslos bzw. nicht berufstätig waren.

Mit der Befragung ehemaliger Parlamentarier kann die berufliche Entwicklung der Abgeordneten nach ihrem Ausscheiden aus dem Parlament rekonstruiert werden. Die Tätigkeit im Parlament wurde dabei von den meisten ehemaligen Abgeordneten, die ihr Mandat zwischen 2007 und 2010 beendeten, rückblickend als Vorteil für ihren folgenden beruflichen (Wieder-)Einstieg wahrgenommen: Rund zwei Drittel teilten diese Einschätzung und nur knapp jeder Fünfte sah darin eher einen Nachteil. Die Rückkehr in den alten Beruf gelang meist problemlos (siehe Grafik); nur etwas mehr als zehn Prozent der Abgeordneten erfuhren hierbei Schwierigkeiten. Vergleicht man diese Erfahrungen mit den Erwartungen,

die von den aktuellen Abgeordneten geäußert werden, zeigt sich, dass insbesondere die Umstände der Rückkehr in den vormals ausgeübten Beruf realistisch eingeschätzt werden. Zu allen drei Befragungszeitpunkten der JENAER PARLAMENTARIERBEFRAGUNG rechneten jeweils nur zwanzig Prozent der aktuellen Abgeordneten mit Schwierigkeiten bei der Rückkehr in den alten Beruf.

Deutlich weniger leicht, aber immer noch überwiegend problemlos, gestaltete sich der Start in einen neuen Beruf. Dabei bezeichneten zwei Drittel derer, die den Start in einem neuen Beruf „sehr schwierig“ fanden, ihre vorherige Parlamentstätigkeit auch eher als Nachteil. Wurde der Start in einem neuen Beruf als problemlos eingeschätzt, war damit auch häufig eine Statusverbesserung im Vergleich mit dem Abgeordnetenmandat verbunden. Bei der Rückkehr in den alten Beruf war das Verhältnis dagegen umgekehrt: Je schwieriger sich der Wiedereinstieg gestaltete, desto eher war damit auch eine Verbesserung des Status verbunden. Rund ein Drittel der Abgeordneten vertritt die Auffassung, dass die eigene Partei Hilfestellung für die berufliche Zukunft nach dem Ausscheiden aus dem Parlament leisten sollte. Dies wird gerade auch von älteren und damit näher an der Beendigung ihrer parlamentarischen Laufbahn stehenden Abgeordneten bejaht. Während bei CDU/CSU, SPD und der LINKEN rund ein Drittel der Parlamentarier diese Auffassung teilt, stimmt bei der FDP und bei Bündnis 90/Die Grünen nur rund jeder vierte Abgeordnete zu. Die Anzahl der Abgeordnetenmandate, die man für seine Partei errang, spielt dabei ebenso wenig eine Rolle, wie die Einschätzung über die Schwierigkeiten des beruflichen Wiedereinstiegs.

Projektteam

Prof. Dr. Heinrich Best
Institut für Soziologie
(Projektleitung)



Dr. Michael Edinger

Lars Vogel, M.A.

Tel. +49 (0)3641-9 45054

Fax +49 (0)3641-9 45052

E-mail: lars.vogel@uni-jena.de



Daniel Gerstenhauer, M.A.

Tel. +49 (0)3641-9 45054

Fax +49 (0)3641-9 45052

E-mail: daniel.gerstenhauer@uni-jena.de

Einzelauswertungen

Auswertungen der Befragungsergebnisse für alle 16 deutschen Landesparlamente und den Deutschen Bundestag finden Sie online unter: www.sfb580.uni-jena.de/jenparl

Publikationen

Heinrich Best:

Associated Rivals: Antagonism and Cooperation in the German Political Elite, in: *Comparative Sociology* 8 (2009), S. 419-439.

Heinrich Best und Stefan Jahr:

Politik als prekäres Beschäftigungsverhältnis. Mythos und Realität der Sozialfigur des Berufspolitikers im wiedervereinten Deutschland, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 37 (2006), S. 63-79.

Heinrich Best, Stefan Jahr und Lars Vogel:

Karrieremuster und Karrierekalküle deutscher Parlamentarier, in: M. Edinger und W. J. Patzelt (Hrsg.): *Politik als Beruf* (= PVS Sonderheft 44), Wiesbaden 2011, S. 168-192.

Michael Edinger:

Profil eines Berufsstands: Professionalisierung und Karrierelogiken von Abgeordneten im vereinten Deutschland, in: H. Schöne und J. von Blumenthal (Hrsg.): *Parlamentarismusforschung in Deutschland*, Baden-Baden 2009, S. 177-215.

Lars Vogel:

Der Weg ins Kabinett. Karrieren von Ministern in Deutschland, Frankfurt a.M. 2009.

Adresse

Friedrich-Schiller-Universität Jena
Sonderforschungsbereich 580
Teilprojekt A3: Delegationseliten nach dem Systemumbruch
Bachstraße 18k
D-07743 Jena